

Posener Zeitung.

Siebenundsechzigster

Jahrgang

Freitag, 17. April.

(Erscheint täglich drei Mal.)

Nr. 265.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 12 Thlr. für ganz Preußen 1 Thlr. 34 Sgr. Bezahlungen nehmen alle Postauktiolen des deutschen Reiches an.

1874.

In Berlin, Hamburg, Wien, München, Teplitz, Rudolph Wosse, in Berlin, Dresden, Frankfurt a. M., Leipzig, Hamburg, Wien u. Basel; Hausestein & Vogler, in Berlin; J. Petremer, Schloßplatz; in Breslau: Emil Habach.

Am Ende.

Berlin, 15. April. Der k. hirr. Rechtskandidat Felix Karl von Würzburg und der g. ohn. vad. Prof. Bernhard Beyer aus Mannheim und zu Abvolaten im Bez. des kais. Appellger. zu Kolmar, und der Erwähnte ist gleichzeitig zum Anwalt bei dem kais. Landger. in Saargemünd ernannt. Der König hat den Landger. Rath Simon in Köln zum ständigen Kammerpräf. bei dem Landger. in Koblenz und den bish. Reg. und Schulrat Krebschel in Kassel zum Provinzial-Schulrat ernannt, dem Badearzt Dr. Schütze zu Landeck und dem prakt. Arzt Dr. Wittke zu Nafel den Charakter als Sanitäts-Rath verliehen.

Der bish. erste Rostos der hies. Universitäts-Bibliothek Prof. Dr. Kauer ist zum Bibliothekar dieser Bibliothek ernannt, der Museumsdirektor Baudemar Bargiel zu Rotterdam als Lehrer bei der k. akad. Hochschule für Musik, Abh. für militärische Komposition, zu Berlin angestellt, dem k. Eisenbahn-Baumeister Menzel, bish. in Rattowitz, die Stelle eines solchen im technischen Zentral-Büro der k. Direktion der Oberchl. Eisenbahn zu Breslau übertragen, der bish. Baumeister Joseph Koszowski in Breslau zum k. Eisenbahn-Baumeister ernannt und demselben die Stelle eines Vorstehers des technischen Büros der k. Eisenbahndirektion zu Rattowitz D. Schl. verliehen worden.

Tagesübersicht.

Posen, 16. April.

Die "Prov.-Korresp." läßt sich in einem "Sieben Jahre" übersehbaren Artikel, ganz ähnlich wie gestern die "Nordd. Allg. Ztg." über die Erwägungen aus, welche die Haltung der Regierung in der Militärfrage bestimmt haben. Sie schreibt:

Die Regierung stand vor der Erwägung, ob sie versuchen sollte, ihren Antrag auf dauernde Bewilligung mit einer knappen Mehrheit im Gegenseite auch gegen viele ihrer fröntigen Anhänger durchzuführen, oder ob sie durch Annahme der Bewilligung auf sieben Jahre die ganze Militärfrage in vertrauensvollen Zusammenwirken mit den nationalgesinnten Reichstagsschriften zum Ausdrage bringen sollte. Die Regierung hat sich für das Letztere entschieden, indem sie ihren Blick nicht ausschließlich auf die Lösung der Militärfrage, sondern auf die Folgen für die gesamte politische Lage und deren weiteren Entwicklung richtete. Wenn die Regierung sich entschlossen hätte, auf der einfachen Annahme ihres ursprünglichen Antrages zu bestehen, so war, wie gesagt, die Möglichkeit eines siegreichen Gelings vorhanden; — aber der Sieg wäre unfehlbar auf Kosten des weiteren erfolgreichen Zusammenspiels mit dem Reichstage erkauft worden. So im Falle des Geschehens. Wenn dagegen die Vereinbarung des Militärgezes scheiterte, so blieb der Regierung nur die Auflösung des Reichstages und die Ausübung neuer Wahlen übrig. Es bedarf keiner näheren Ausführung, wenige tiefe Verwirrung hierdurch in ganz Deutschland vorvergerufen werden würde. So erfreulich und erfrischend die jüngste Bewegung auf Anlaß der Militärfrage war, so bedarf es doch nur einer geringen politischen Erfahrung, um zu wissen, daß solche unmittelbare Regelungen eines richtigen Volksbewußtseins gegenüber der demagogischen Bearbeitung bei einer langwierigen Wahlkampfzeit zumeist nicht Stand halten. Es kommt dazu, daß eine neue Wahlbewegung doch nicht ausschließlich auf Grund der Militärfrage, sondern zugleich mit Rücksicht auf alle wichtigen Fragen der Reichspolitik stattfinden müsste. Das Ergebnis von Neuwahlen könnte daher leicht sein, daß die Regierung künftig für keine ihrer dringenden Aufgaben, weder für die Militärfrage, noch für die kirchliche Politik, noch für den Ausbau der Reichsgesetzgebung eine sichere Mehrheit erlangte. Bei dieser Lage der Sache glaubte die Regierung um so vorsichtiger die Aussichten erwägen zu müssen, welche ihr durch den Vermittelungs-Vorschlag eröffnet wurden.

Schließlich bemerkt das ministerielle Organ:

Indem die Regierung zustimmt, die erforderliche Friedensstärke zunächst nur auf einen solchen Zeitraum festzustellen, giebt sie zugleich eine neue Bürschaft dafür, daß das deutsche Heer, soweit es von ihr abhängt, vor Allem der Wahrung und Sicherung des Friedens dienen soll. Vor Allem aber legte die Regierung auch Gewicht darauf, daß die wichtigste Angelegenheit des deutschen Reichs mit einer Mehrheit im Reichstage entschieden würde, welche (wie Graf Moltke sagte) die Bedeutung des Gegenstandes, dem Ansehen des Landes und der Würde der Reichsvertretung entspricht.

Dieser Wunsch ist erfüllt worden, denn der § 1 wurde in der Binnigen'schen Fassung mit einer Mehrheit von 78 Stimmen angenommen, — eine Mehrheit, auf die der "Nat. Z." zufolge, Niemand gerechnet hatte. — Es waren allerdings — ein seltener Fall — 372 Mitglieder anwesend.

Die ländliche Arbeiterkrise in den östlichen Grafschaften England scheint ihrem Ende noch nicht näher rücken zu wollen. Der Kampfplatz, auf welchem sich Pächter und Arbeiter treffen, breitet sich aus anstatt sich zu verringern und hat sich auch bisher ein erbitterter Ton zwischen den Gegnern noch nicht wahrnehmbar gemacht, so läßt sich für die Dauer ein Einhalten des leidenschaftslosen Verhältnisses nicht in Aussicht nehmen. Sobald auf beiden Seiten der Schaden der Krise zum Vorschein kommt, dürften die Parteien die bisher bewiesene Geduld verlieren. Die Führer der Arbeiter haben die bekannte Maschinerie zur Erzielung eines Effektes in Gang gesetzt. Als großes Zugmanöver ist ein Vortrag der arbeitslosen Arbeiter selbst in einer Versammlung im Sussex Hotel, wahrscheinlich am 23. d. Mts. in Aussicht genommen. Um den Effekt zu erhöhen, werden die Arbeiterredner zu Fuß nach London marschieren. Im Allgemeinen stellt sich die öffentliche Meinung bisher mehr auf Seite der Pächter als der Arbeiter, ohne indessen den letzteren den gewünschten Vohnaufschlag zu missgönnen.

Die Berichte vom Kriegsschauplatz vor Bilbao lassen erkennen, daß sich merkwürdiger Weise die Situation abermals verändert hat. Es scheint in beiden Heeren neuerdings eine Art erwähnenswerte Stimmung Platz gegriffen zu haben, welche zweifelsohne durch das Gericht von neubegonnenen Verhandlungen zwischen Don Carlos und Serrano hervorgerufen sein wird. Die Vorposten sollen stark fraternistisch und die feindlichen Offiziere gemeinschaftlich opprante Frühstücksgesellschaften, bei welchen ein höchst gemütlicher Ton

geherrscht, veranstaltet haben. Hierbei fällt noch ins Gewicht, daß viele der Offiziere, welche sich jetzt feindlich gegenüberstehen, früher einem und demselben Regiment angehört haben, also noch gar manche persönliche Beziehung zwischen ihnen besteht. Wie verschiedene Berichterstatter Londoner Blätter übereinstimmend mittheilen, soll man in Offizierskreisen, sowohl des carlistischen, als des sarrano'schen Lagers, einer alfonistischen Restaurierung sehr geneigt sein.

Deutschland.

△ Berlin, 15. April. Den großen Erfolg der Verständigung, welcher in der Militärfrage zwischen der Regierung und den nationalgesinnten Parteien des Reichstages stattgefunden, konstatirt schon das Resultat der Abstimmung über den § 1 des Gesetzes. Man hatte in Regierungskreisen höchstens eine Mehrheit von 40 Stimmen erwartet und diese ist nun sogar bis auf das Doppelte, auf 78 Stimmen, angewachsen. Weiter aber wird dieser Erfolg namentlich durch den Miztum deutlich herausgestellt, welcher sich in den Blättern der Opposition, der "Germania" und der "Kreuztg.", unverhohlen ausspricht. Um sich für die Niederlage einigermaßen zu rächen, sucht, wie die heutige Sitzung des Reichstages beweisen, die Opposition nun durch Hinziehen der Debatten die ferneren Reichstagsverhandlungen so weit als möglich auszudehnen und hinzuschieppen. Geht das so weiter, wie heute, so wird die Hoffnung, die Reichstagsession noch in diesem Monate zu Ende gehen zu sehen, wohl frommer Wunsch bleiben. Schwerlich aber wird es den Ultramontanen und ihren Bundesgenossen gelingen, auf solche Weise das Zustandekommen des Gesetzes über die Kirchendiener zu vereiteln. — Der Minister des Innern hat in einer Verfügung an die Provinzialbehörden verschiedene Weisungen in Betreff der Ausführung des Gesetzes über die Beurkundung des Personenstandes ertheilt, von denen folgende die wichtigsten sein dürften. Da auf Grund des Gesetzes der Bürgermeister in seiner amtlichen Eigenschaft zur Wahrnehmung der Standesamtsgeschäfte berufen ist, so ist der, durch die Kommunalgesetzgebung bestellte Vertreter des Bürgermeisters ohne Weiteres auch als dessen Stellvertreter bezüglich der Standesamtsgeschäfte zu betrachten. Macht der Bürgermeister von der Befugnis Gebrauch, die Standesamtsgeschäfte widerruflich einem Beigeordneten oder einem sonstigen Mitgliede des Gemeindevorstandes zu übertragen, so ist für den in solcher Weise Beauftragten vom Bürgermeister ein Vertreter zu bestellen. Bei der Ernennung der Standesbeamten ist der Oberpräsident an die Vorschläge des Gemeindevorstandes ebenso wenig wie an die des Kreis-Ausschusses gebunden; er ist vielmehr unbedenklich befugt, die Ernennung einer in Vorschlag gebrachten Person abzulehnen und den Gemeindevorstand zu neuen Vorschlägen aufzufordern. Die Ausfestigung einer förmlichen Bestallungsurkunde für die Standesbeamten ist nicht unbedingt erforderlich; es genügt vielmehr statt dessen eine bloße Notifikation über die erfolgte Bestallung. Endlich soll die erfolgte Abgrenzung der Standesamtsgeschäfte sowie die Ernennung der Standesbeamten und ihrer Stellvertreter durch die Amts- und Kreisblätter zur öffentlichen Kenntnis gebracht werden.

△ Berlin, 14. April. [Vorläufige Unterstellungen für Pensionäre.] Seit der Aufhebung der Gehälter der aktiven Beamten und der Gewährung der Wohnungsgeld-Zuschüsse an dieselben sind an das Staatsministerium so zahlreiche Gesuche um Pensions-Erhöhung von solchen früheren Staatsbeamten eingegangen, welche vor Erlass des Pensionsgesetzes vom Jahre 1872, und vor der in den Jahren 1872 und 73 erfolgten Gehalts erhöhungen etc. in den Ruhestand versetzt worden, daß das gedachte Ministerium Veranlassung genommen hat, für den Staats-Haushalt-Etat pro 1874 durch den Landtag Mittel bewilligen zu lassen, welche, da zu einer allgemeinen Erhöhung der Pensionen, bei dem Mangel an Rechtsgrundlagen dafür, kein Anlaß gefunden worden ist, ausreichend erscheinen, um den betreffenden Beamten, im Falle wirklichen Bedürfnisses ausreichende Unterstützungen gewähren zu können. Das Ministerium hat in dieser Beziehung nunmehr beschlossen, solchen Beamten, deren Gesamt-Einnahme durch die inzwischen gestiegenen Preise der Lebensbedürfnisse unzureichend geworden ist, unter Vorbehalt des Widerrufes einen Zuschuß zur Pension in Form einer fortlaufenden Unterstützung und zwar bereits vom 1. Januar dieses Jahres ab zu bewilligen. Zu diesem Zwecke sind die Regierungen und sonstigen Provinzialbehörden bereits mit Anweisungen zur Erhebung von Recherchen versehen, um die Bedürftigkeit und Würdigkeit der zu ihrem Kressort gehörigen Pensionäre festzustellen und Vorschläge über die Höhe der zu gewährenden Unterstützungen einzureichen. Hierbei sollen nachstehende Grundsätze festgehalten werden: a. Die fortlaufende Unterstützung darf die Pension, welche den betreffenden Beamten zu bewilligen gewesen wäre, wenn im Zeitpunkt seiner Pensionierung das Pensionsgesetz vom 27. März 1872 sowie die in den Jahren 1872 und 1873 erfolgten Verbesserungen des Einkommens der aktiven Beamten einschließlich des Wohnungsgeld-Zuschusses, schon bestanden hatten, niemals übersteigen. b. Als maßgebend bei der Bewilligung soll jedoch in der Hauptsache nicht die Differenz der nach a. sich berechnenden und der wirklich gewährten Pensionsbetrage, sondern die Frage der Bedürftigkeit für die Beslußfassung sein, in welchem Umfange die Unterstützungen zu gewähren sind; mit jener Differenz hat vielmehr nur die äußerste Grenze angedeutet werden sollen, bis zu welcher unter besonderen Umständen bei der Bewilligung gegangen werden kann. c. Die Frage der Würdigkeit ist wesentlich mit in Betracht zu ziehen. d. Außerordentliche Unterstützungen, welche den betreffenden Pensionären in diesem Jahre etwa schon gemacht sein sollten, sind um unmotivierten Bevorzugungen zu

begegnen, bei der Bewilligung von dauernden Unterstützungen, soweit es sich um Zahlungen für das Jahr 1874 handelt, mit in Anrechnung zu bringen. e. Die gewährten fortlaufenden Unterstützungen sind wiederholungsfrei. f. Sie werden, wie die Pensionen, monatlich pränumerando gezahlt. g. Kommen zur Kenntnis der zahlenden Kasse Umstände, welche die fortlaufende Würdigkeit oder Bedürftigkeit des Empfängers in Frage stellen, so hat dieselbe der vorgesetzten Dienstbehörde davon Anzeige zu machen. h. Gnadenmonatsbezüge sind von diesen dauernden Unterstützungen bei dem Ableben der Empfänger an deren Hinterbliebene nicht zu gewähren. Die Bewilligung dieser lange erbetenen Pensionserhöhungen wird in den beitragenden Kreisen große Freude hervorrufen und manchen empfindlichen Notstand be seitigen.

Wie verschiedene Blätter melden, ist der verdiente frühere langjährige Präsident des Abgeordnetenhauses, Oberbürgermeister Grabow, in der Nacht zum 15. d. in Breslau gestorben.

— Die "Voss. Ztg." schreibt: Die Personalveränderungen, welche sich gegenwärtig in der Fortschrittspartei vollziehen, erregen die allgemeine Aufmerksamkeit in den politischen Kreisen. Es wird eine Zeit vergehen, ehe Wahrheit von Dichtung bestimmt wird unterschieden werden können. So theilten wir gestern nach der "Corresp. Oldenb." mit, daß die Herren Rohland und Spielberg ausgetreten seien. Wie uns heute von zuverlässigster Seite gesagt wird, sind die beiden Reichstagsabgeordneten nicht ausgetreten und denken auch für die Zukunft nicht daran. Unklar sind noch immer die Motive, die Herrn Dr. Löwe (Calbe) aus der Fraktion der Fortschrittspartei des deutschen Reichstages austreten lassen, während er derselben Fraktion im preußischen Abgeordnetenhaus auch ferner angehören will.

— Als Nachtrag zu den "Entschlüsse" veröffentlichte heute die "Nordd. Allg. Ztg." ein Schreiben des Reichskanzlers an den Fürsten Chlodwig von Hohenlohe. Dasselbe ist aus Barzin vom 11. August 1869 datirt und lautet nach einigen Zeilen formalen und persönlichen Inhalts also:

"Eurer Durchlaucht wird es zur Genugthuung gereichen, daß schon jetzt die Besprechungen der deutschen Regierungen untereinander, wie sie auf die von Bayern ergangene Anregung stattgefunden, in Rom im Sinne der Vorsicht und des Friedens nicht ohne Wirkung geblieben sind. Es gibt dort eine Partei, welche mit bewußter Entschlossenheit den kirchlichen und politischen Frieden Europas zu fördern bestrebt ist, in der fanatischen Ueberzeugung, daß die allgemeinen Leiden, welche aus Herwürfnissen hervorgehen, das Aufsehen der Kirche steigern werden, anfüßend an die Erfahrungen von 1818 und auf die psychologische Wahrheit fügend, daß die leidende Menschheit die Anlehnung an die Kirche eifriger sucht, als die irisch befriedigte. Der Papst indessen soll Angesichts des Widerstandes, der sich in Deutschland ankündigt, bedenklicher und dem Einfluß jener Partei weniger zugänglich geworden sein. Wir haben ohne Zweifel in der parlamentarischen Gesetzgebung, in Norddeutschland wenigstens, eine durchschlagende Waffe gegen jeden ungerechten Übergriff der geistlichen Gewalt. Aber besser ist es gewiß, wenn wir nicht gezwungen werden, von derselben Gebräuch zu machen, und ich halte es daher für eine Wohlthat, die den geistlichen wie den weltlichen Obrigkeitene wiesen wird, wenn der Konflikt zwischen beiden sich durch die von uns besprochenen Warnungen und Vorsorgen verhindern läßt. Auf unserm Episkopat hat das Kultusministerium sich bemüht, in vertraulichem Wege vorzugehen. Mit meiner Gesundheit geht es langsam besser, und wenn ich mich auch von den Landtag-Verhandlungen nach Möglichkeit fern halte, so hoffe ich doch, für den Norddeutschen Bund zu Anfangs des Jahres vollkommen geschäftsbereit zu sein."

Genehmigen Sie rc.

gez. v. Bismarck.

Auch dieser Brief zeigt, wie wir in unserem Leitartikel über die jüngsten diplomatischen Entschlüsse uns ausdrückten, von dem großen Wohlwollen, welches die preußische Regierung stets gegen den katholischen Episkopat bewiesen hat, und andererseits von der Abneigung, einen Kampf mit der Hierarchie aufzunehmen. Nichts desto weniger hat die Regierung in ihrer Vorsicht den Kriegsfall ins Auge gefaßt, um sich nicht unvorbereitet finden zu lassen.

— Der "Staatsanzeig." publiziert folgenden Dank:

Die Beweise freundlicher Theilnahme, welche ich während meiner Krankheit, und die Glückwünsche, welche ich zu meinem Geburtstage erhalten habe, sind zu meiner Freude sehr zahlreich, und so zahlreich, daß es mir, auch wenn ich gesund wäre, nicht möglich sein würde, sie einzeln zu beantworten. Ich beebleibe mich daher auf diesem Wege für die mir aus allen Theilen des Reichs und aus dem Auslande zugegangenen Beweise des Wohlwollens und der Theilnahme meinen verbindlichsten Dank auszusprechen.

Berlin, 14. April 1874.

Fürst von Bismarck.

— Am 10. März ist eine Verordnung über die Ergänzung des Offiziercorps der Reichsmarine ergangen. Dieselbe läßt nur solche junge Leute als künftige Offiziere zu, welche entweder als Kadetten, oder, im Falle des Übertritts aus der Handelsflotte als Matrosen, eintreten. Die Anmeldung zum Eintritt als Kadett geschieht bei der hiesigen kaiserlichen Admiralität und zwar in den Monaten August und September des der Eintrittsprüfung vorhergehenden Jahres. Außer der Einreichung eines Nationales, eines unter Aufsicht angefertigten Lebenslaufes, einer Uebersicht des genossenen Unterrichts nebst den Schulzeugnissen ist ein von dem Lehrercollegium eines vollberechtigten deutschen Gymnasiums, einer Realschule erster Ordnung oder einer gleichgestellten Lehranstalt ausgestelltes Zeugnis der Reife für Überlebens der betreffenden Anzahl beizulegen, falls der Angemeldete ein solches Zeugnis besitzt, welches, außer einem Nachweise über jeden einzelnen Unterrichtsgegenstand enthalten muß. Nächst einem von einem Marine- oder Militär-Oberarzte ausgestellten eingehenden Gesundheitsattest wird noch ein Revers über Gewährung der Mittel zur Equipment und zu einer Zulage erforderlich. Die Einstellung als Kadett muss vor dem 17. Geburtstage erfolgen. Ausgenommen hiervon sind die Abiturienten der Gymnasien, Realschulen erster Ordnung u. s. w., deren Einstellung bis zu ihrem 19. Geburtstage erfolgen darf. Die wissenschaftliche Qualifikation für den Eintritt ist durch eine Eintrittsprüfung darzuthun, welche Anfang April eines jeden Jahres vor der "Seeoffizier- und Kadetten-Prüfungs-Kommission" in Kiel abge-

legt wird. Vor Beginn der Prüfung findet die nochmalige Untersuchung des Angemeldeten seitens eines Marinearztes statt. Wenn der Angemeldete das Heilezeugnis für Obersekunda hat, so wird derselbe von der Prüfung in Latein, Deutsch und Geschichte befreit und nur in Mathematik, Physik, Geographie, Französisch, Englisch und Zeichnen geprüft. Abiturienten sind von der Eintrittsprüfung ganz frei, wenn das Zeugnis in der Mathematik das Prädikat „gut“ hat. Ist letzteres nicht der Fall, so findet eine Nachprüfung in der Mathematik statt. Es folgt die Ausbildung der Kadetten als Seekadetten, und diese Ausbildung schließt mit einer Prüfung. Dieser letztere reicht sich nach Ausbildung auf dem Schulschiffe die „erste Seefüßer-Prüfung“ an, und den Schluss bildet die „Seefüßer-Verabsprüfung.“ Seeleute der Handelsflotte, welche in die Kriegsmarine mit Aussicht auf Zuförderung eintreten wollen, haben außer den anderen vorgeschriebenen Zeugnissen sich noch durch Zeugnisse der Schiffsführer über eine auf Kaufahrtschiffen zurückgelegte Fahrt von 36 Monaten und „Überführung, Kenntnis und Leistungen“ auszuweisen. Die Eintrittsprüfung kann nur vor vollendetem 22. Lebensjahr stattfinden.

Es liegt der Bericht über die Wirtschaftsamt der Kaiser Wilhelm-Stiftung in ihrem zweiten Geschäftsjahre vor. Abgesehen von einzelnen reichen patriotischen Zuwendungen ist der Stiftung, wie der Bericht nicht verschweigen zu dürfen glaubt, die rege Beihilfung und die thatkräftige Unterstützung des deutschen Volkes, deren sie so sehr bedarf, wenn sie nicht für die nächste Zukunft, sondern für die Dauer des durch den Krieg hervorgerufenen Bedürfnisses bestand haben soll, seit Wiederherstellung des Friedens im Großen und Ganzen nicht in dem erwarteten Maße zu Theil geworden. Die Stiftung zieht sich gleichwohl der sicheren Hoffnung hin, daß die scheinbare Unnahmlosigkeit nur eine vorübergehende sein werde und daß sie darauf vertrauen dürfe, wenn demnächst ihre Mittel der Erfüllung nahen sollen, daß ein neuer Aufruf an die Opferwilligkeit der Nation nicht unehört bleiben werde. Der gegenüber den sehr großen Anforderungen verhältnismäßig nicht erhebliche Umfang ihrer Mittel hat der Stiftung unter diesen Umständen die Notwendigkeit auferlegt, was die Unterstützung aus dem Zentralfonds betrifft, sich vielfach auf nur einmalige Unterstützungen oder doch nur für ein Jahr zu beschränken. Mehrere Zweigvereine gewähren allerdings fortlaufende Unterstützungen, da ihre Mittel dies, bei der Zahl der in dem Bereich ihrer Wirksamkeit wohnenden Invaliden zugelassen. — Die Vereinsbildung hat in dem zweiten Geschäftsjahr keine wesentlich veränderte Gestalt und Ausdehnung gewonnen, wenn sich auch in einzelnen Theilen des deutschen Vaterlandes das Vereinsnetz in erfreulicher Weise ausgebreitet hat. In anderen Theilen sind dagegen die auf die Anregung neuer Vereinsbildungen gerichteten Bemühungen des Sammlungsvorstandes nicht von dem erwünschten Erfolg begleitet gewesen. — In Preußen bestanden 294 Zweigvereine mit Einführung von 8 Provinzial- und Bezirks-Vereinen. Die Zahl der Zweigvereine in den übrigen Staaten Deutschlands ist nicht überall anzugeben.

In Betreff der übrigen Staaten Deutschlands hält sich der Bericht nur in allgemeinen Angaben. In Bayern ist von dem Zentralkomitee des Landesvereines die statutenmäßige Organisation mit Erfolg durchgeführt; das über das ganze Land ausgebreitete Netz von Vereinen sichert jedem hilfsbedürftigen Krieger, an welchem Orte er sich auch aufzuhalten mag, die Gewährung zureichender Hilfe. In Württemberg hat der König das Protektorat und der Prinz Hermann zu Sachsen-Weimar das Präsidium des Vereins übernommen. Nach vollständiger Organisation des dortigen Landesvereins hat der Verwaltungsrath durch Vermittlung der Behörden über die Bedürfnisse sämtlicher im Lande wohnhaften Invaliden Erhebungen gemacht und über die Art und Größe der zu gewährenden Hilfe Beschluss gefasst. Im Königreich Sachsen ist der dortige Landesverein der Ansicht, daß durch die Zuweisung von Arbeit den Hilfsbedürftigen eine größere Wohlthat erwiesen wird, als durch Geldunterstützung. In Baden war der badische Gesamtverein bemüht, mit Hilfe seiner Bezirksvereine den an ihn gestellten Anforderungen jeder Zeit wirksam Genüge zu leisten. Für das Großherzogtum Hessen haben die von der Zentralverwaltung der Stiftung seit Gründung bis zum Schluss des I. Quartals 1873 gewährten Unterstützungen etwa den fünften Theil der gesammten Einnahmen in Anspruch genommen. Eigentümlich ist dem dortigen Verein das doselbst ins Leben getretene Institut der Bestellung von Vertrauensmännern für jede einzelne von ihm unterstützte Person oder Familie, eine Einrichtung, die von segensreichen Folgen begleitet gewesen ist. Im Großherzogtum Mecklenburg-Schwerin beruht die direkte Wirksamkeit der Stiftung in der Thätigkeit von 24 Zweigvereinen. Von den übrigen deutschen Staaten fehlen die Angaben.

Königsberg i. P., 13. April. Der hiesige Propst Dindner sah sich nach der Mitteilung des „Katholiken“ am Sonntag vor Ostern wider Willen veranlaßt, ein gemischt Brautpaar, dessen weiblicher Theil alkatholisch ist, als Ortspfarrer auf Antrag des Pfarrer Grunert und der mitunterzeichneten Brautleute aufzubieten. Der predigende Kaplan hat dies jedoch in einer Weise, die mindestens als höchst verlegen bezeichnet werden muß. Während er nämlich das unmittelbar vorhergehende neutkatholische Paar mit Herrr. einleitete, wurde bei dem katholischen Brautpaar — von dem der Bräutigam ein wohlhabender und angesehener Besitzer ist — jeder Titel demonstrativ weggelassen. Der Kaplan hat natürlich nur verlesen was der Propst ihm vorgebrachten hatte. Durch den Streit der Getreideträger werden bei dem gegenwärtigen enormen Verkehr im Getreidegeschäft ungeheure Verluste herbeigeführt. Abgesehen davon, was die seiernden Arbeiter verlieren, so leiden die Getreidehäuser, die Kornmeister, die Besitzer von Molkereien, ganz erstaunliche Einbuße, und die Summe an Liegegeldern, welche für die zur Ladung resp. Ausladung bereiten Schiffe bezahlt werden muß, ist ebenfalls sehr beträchtlich. Trotz allen Unheils, welches die Arbeiter schaffen, werden sich

die Kaufleute zu höheren Lohnbewilligungen nicht entschließen, denn sie kalkulieren ganz richtig: heute damit angefangen, werden solche Forderungen alsbald unaufhörlich an sie herantreten. Die Arbeiter, welche die schöne Zeit des Verdienstes auslöschen lassen, werden demnächst die bitteren Früchte ihres Handelns erneut müssen. Die Zahl der wegen Gewalt, Drohungen u. s. w. gefänglich Einzelgezogenen betrug gestern bereits 5.

Stralsund, 14. April. Der Stütze der Schiffszimmerer auf den hiesigen Werften, der am 5. Januar seinen Anfang nahm und also über drei Monate gedauert hat, ist jetzt beendigt. Die Schiffszimmerer sind auf die von den Baumeistern vorgeschlagenen Bedingungen eingegangen (Arbeitszeit von 5 bis 7 Uhr bei 1 Thlr. Tagelohn) und haben am 10. d. die Arbeit wieder aufgenommen. Die Zahl der im letzten Vierteljahr stricken Arbeiter betrug ungefähr 150; dieser ist nun wieder ein guter Verdienst erschlossen, welcher bei den meisten in letzter Zeit betriebenen Eisenbahnarbeiten stark geschmälert war.

Landsberg a. W., 12. April. Am verflossenen Freitag, dem Tage vor seiner Entlassung aus dem hiesigen Gerichtsgefängnisse, hatte Pfarrer Klein abermals Termin. Es kamen drei Anklagen wider ihn zur Verhandlung, die sich auf das Zelebrieren der täglichen stillen Messen, auf Abhaltung öffentlichen Gottesdienstes und eine Anzahl Taufen bezogen. Die Strafentenz machte ihm klar, daß er sich wiederum 150 Thaler Geldebude oder vielmehr drei Monate Gefängnis zugezogen habe. Die Gemeinde will der „Germ.“ zufolge, ihrem Hirten, die Freiheit verhallen und durch Sammlung die Geldstrafe erlegen.

Breslau. In Form einer Petition hat das breslauer Domkapitel dem Abgeordnetenhaus einen sich von Dr. Küntzler unterzeichneten Protest gegen den Gesetzentwurf bezüglich der Verwaltung erleideter Bistümer zugehen lassen. Das Schriftstück lautet nach der „Germania“:

„Hohes Haus der Abgeordneten! Dem preußischen Landtag ist am 19. Januar d. J. ein Gesetzentwurf, betreffend die Verwaltung erleideter katholischer Bistümer der Monarchie, zur Beratung und eventuellen Beschlussnahme vorgelegt worden, wonach die Domkapitel, entgegen dem durch Allerhöchste Kabinettsordre vom 23. August 1821 bestätigten Statut der katholischen Kirche in Preußen, sowie der allgemeinen Kirchenlehrer über Beistung und Erledigung der katholischen Bistümer, — gehalten sein sollen, im Falle der Absetzung eines Bischofs durch den königlichen Gerichtshof für kirchliche Angelegenheiten einen Kapitularvikar resp. einen neuen Bischof zu wählen. Wir glauben es unserer Voralität schuldig zu sein, schon jetzt ganz ergeben zu erklären, daß wir angelebt unseres geleisteten Eides uns außer Stande sehen würden, im Falle der Absetzung unseres Bischofs durch den königlichen Gerichtshof für kirchliche Angelegenheiten Sedisvacanz anzunehmen und einen neuen Bischof oder auch nur einen Kapitularvikar zu wählen. Ein hohes Haus der Abgeordneten bitten wir daher ganz ergeben, Hochdasselbe wolle dem gebachten Gesetzentwurf die Zustimmung versagen und hochgeneigt nicht gestatten, daß uns gelegentlich eine Verlebung der Kirchenlehrer und, da diese von uns beschworen ist, ein Eidbruch zugemutet werde. Gleichzeitig erlauben wir uns gegen alle Folgen uns ganz ergeben zu verantworten, welche ein derartiges Gesetz für das gesamme Bistum nach sich ziehen könnte. In ausgezeichneter Hochachtung haben wir die Ehre zu sein Eines Hohen Hauses der Abgeordneten ganz ergebenen Domkapitel zum h. Johannes, gen. Neutrac. Peitsche. Wladarski. Klopss. Dr. Küntzler. Gleich. Laemmer. Dr. Lorinser. Karker. Dr. Wit.“

Die „Germ.“ unterstreicht hierbei den Namen des freikonservativen Küntzler und die „Schles. Btg.“ fühlt sich dadurch veranlaßt, den genannten Domherrn wie folgt zu rechtfertigen:

Das Domkapitel ist kirchlich verpflichtet, eine Erledigung des bischöflichen Stuhles nur im Falle des Todes oder der Resignation des Bischofs anzunehmen. Es handelt sich hier also in der That um eine Gewissensfrage, die mit der Stellung, welche die einzelnen Mitglieder des Domkapitels zu den Kirchengesetzen einnehmen, nichts gemein hat. Herr Domkapitular Küntzler, den die „Germania“ durch Auszeichnung seiner Unterschrift ganz besonders hervorhebt, hat sich darum auch keiner Konsequenz schuldig gemacht, wenn er sich der Petition des Domkapitels anschließt, nachdem er, wie uns von glaubwürdiger Seite versichert wird, auf eine an ihn ergangene Interpellation erklärte hat, daß er den Maigesetzen — wenn auch unter dem ihm als katholischen Priester angemessenen Protest — Gehorsam zu schulden glaube. Die Gesetzesvorlage über die Verwaltung erleideter katholischer Bistümer legt übrigens den Mitgliedern der Domkapitel auch keineswegs die staatliche Verpflichtung auf, nach Entsezung eines Bischofs zu einer Neuwahl zu schreiten. Der Gesetzentwurf beschäftigt sich, soweit er hier in Betracht kommt, überhaupt nur mit der Wahl eines Bistumsverwesers; die Wahl eines Bischofs bleibt dem Domkapitel vollständig freigestellt und der Gesetzentwurf regelt nur die Bedingungen der staatlichen Anerkennung des Gewählten. In Bezug auf die Wahl des Bistumsverwesers aber sagt der Gesetzentwurf nur:

„Wenn die Stelle eines Bischofs in Folge gerichtlichen Urtheils erledigt worden ist, hat der Ober-Präsident das Domkapitel zur sofortigen Wahl eines Bistumsverwesers (Kapitularvikars) aufzufordern.“

Erhält der Ober-Präsident nicht innerhalb zehn Tagen Nach-

richt von der zu Stande gekommenen Wahl, oder erfolgt nicht binnen weiterer vierzehn Tage die eidliche Verpflichtung des Gewählten, so ernenkt der Minister der geistlichen Angelegenheiten einen Kommissarius, welcher das dem bischöflichen Stuhle gehörige und das der Verwaltung derselben oder des jeweiligen Bischofs unterliegende bewegliche und unbewegliche Vermögen in Verwahrung und Verwaltung nimmt.“

Eine geistliche Verpflichtung zur Wahl ist also auch hier nicht auferlegt, es ist vielmehr einem jeden Mitgliede des betreffenden Domkapitels anheimgegeben, sein Wahlrecht zu üben oder nicht. Im Unterlassungsfalle wird seine Person vom Geiste keineswegs getroffen. Die Petition des breslauer Domkapitels kann deshalb auch in keiner Weise als die Aussichtsstellung eines Widerstandes gegen die Staatsgesetze gedeutet werden, ebensowenig läßt sich aus der Bekämpfung Küntzlers an derselben derjenige Schluss ziehen, den die „Germ.“ andeutet zu wollen scheint.

Eine formelle Konsequenz hat Dr. Küntzler durch Unterzeichnung der Petition selbstverständlich nicht begangen. Denn selbst wenn er den Maigesetzen ohne Protest sich unterworfen hätte, so folgt daraus noch nicht, daß er gegen ein neu zu macheendes Gesetz, auch wenn es eine unerlässliche Konsequenz der Maigesetze wäre, nicht seine Stimme abgeben soll; obwohl dieser Protest die Erklärung einschließt, daß die Unterzeichneten auch dem verfassungsmäßig zu Stande gekommenen Gesetz nicht gehorchen werden. Wenn die „Schles. Btg.“ mit juristischer Feinheit darlegt, daß der Gesetzentwurf keine Verpflichtung auferlegen sondern eine Berechtigung ertheilen will, so wollen wir mit dem uns befreundeten Blatte darüber nicht streiten; aber bemerk mir werden, daß das Gesetz den Domkapiteln auch die Verpflichtung auferlegt, den Kommissarius der Regierung anzuverleben. Wie sich Herr Küntzler dazu stellen wird, ist uns im Grunde genommen ziemlich gleichgültig; wir wollten nur darthun, daß dieser Domherr sich einen materialrecht schwankenden Standpunkt gewählt hat. Auf die Fortsetzung seiner Beweise, daß man heut ein guter römischer Priester und ein freier deutscher Reichs-Patriot zugleich sein kann, sind wir begierig.

Viegnitz, 13. April. [Amtseinführung des Diakonus Biegler.] Gestern früh fand die feierliche Einführung des Diakonus Biegler in sein Amt bei der Kirchengemeinde St. Peter und Paul durch den kgl. Superintendent Pastor Stiller aus Koßlitz statt. Superintendent Stiller mahnte in seiner Rede daran, daß mit dem heutigen Tage die Kämpfe des vergangenen Jahres in der Gemeinde vergeben werden mügen und daß der neue Diakonus, welcher er die Kirche, die Kanzel, den Altar, den Taufstein und die ganze Gemeinde zu übergeben habe, in Eintracht mit seinen Amtsbrüdern zum Segen der Gemeinde wirken möge. Diakonus Biegler sprach in seiner Antrittspredigt, die sich auf 1. Korinther 12, 1—11 gründete, über den einzigen Geist der Liebe, welcher die Gemeinde trotz der verschiedenen in ihr herrschenden Ansichten über den Glauben beherrschen soll. Nachmittags 3 Uhr fand im Saale des Hotel „Zum Rautenkranz“ ein Diner zu Ehren des Diakonus Biegler statt, an welchem sich außer dem Superintendenten Stiller auch Pastor prim. Nette, Ober-Diakonus Niemann, Pastor prim. Zingel und Diakonus Altenburg, sowie die Elite der Bürgerschaft beteiligte. Von auswärts waren außer dem Vater des Gelehrten, kgl. Gymnasial-Direktor Biegler aus Rissa, noch Freunde und Gesinnungsgenossen Bieglers, Senior Treblin und Diakonus Schmid aus Breslau erschienen. Eine Reihe geistvoller Toaste verhinderten das Fest, welches den Theilnehmern noch lange in gutem Andenken blieben und Zeugnis dafür ablegen durfte, daß der Sinn der liegenden Bütter für jeden Fortschritt, auch für den auf kirchlichem Gebiete stets ein reger ist.

Leobschütz, 13. April. Bezuglich der Ausführung des gegen den Erzbischof von Olmütz gefällten Erkenntnisses wird der „Schles. Btg.“ mitgetheilt, daß dieselbe keine Schwierigkeit darbietet, da der Beurtheilte die Nevenüen der Herrschaft Stolowitz, Kreis Leobschütz (be läuft 6—8000 Thlr. jährlich), als zur Pflege gehörig, bejaht; diese Nevenüen wird die Exekution zu vollstrecken sein. „Sollte diese Exekutionsobjekt verbracht werden, so wird man eben in Erwägung nehmen müssen, ob nicht, wie bei jedem Anderen, insbesondere bei jedem Ausländer, die Strafvollstreckung mittels seckbrieflicher Verfolgung ermöglicht sei.“

Trier, 14. April. Die „Trier. Volksztg.“ bringt folgende beachtenswerte Notiz:

Gegenüber den in der Stadt seit einiger Zeit zirkulierenden Gerüchten, als ob der hiesige katholische Clerus Weisung erhalten habe, die Unterzeichner der sogenannten Natiborer Adresse zu absolviren resp. zur österlichen Kommunion einzulassen, wofern sie die Erklärung abgeben, daß sie bei einer Unterzeichnung der Staatskatholiken-Adresse nichts gegen die katholische Religion beabsichtigt hätten, sind wir in den Stand gesetzt, mitzuheilen, daß nur Denigen Absolution und Kommunion erteilt wird, welche, wenn auch unter vier Augen im Beichtstuhle, die entschiedene Erklärung abgeben, daß sie dem Staate nicht das Recht einräumen, die Grenze zwischen der weltlichen und kirchlichen Gewalt zu ziehen, mit anderen Worten, die sog. Maigesetze nicht als verbindlich anerkennen. Diejenigen der Unterzeichner der Natiborer Adresse, welche dieses Jahr zur österlichen Kommunion gehen, haben also die oben verlangte Erklärung abgegeben.

Dein Banner ist's, o Rom! — Will denn die Sonne, Die deine Trauben reift, o Thal des Rheins, Nicht auch dein Volk durchglühn mit jener Wonne, Die sich der Wahrheit freut, statt hohlen Scheins? Soll stets dies Land, von Gott so schön gestaltet, Ein Tempel sein für Gözen schänd'ster Art, Wo Priestermund, was schwächlich und veraltet, Als heilig und unfehlbar offenbart?

Nicht also! — Auf, ihr Franken, Allemannen, Ihr Sachsen, in des Rheines blüh'n dem Thal, Den letzten Feind aus eurem Gau zu bauen, Gesellt euch freudig eurer Brüder Zahl! Wollt ihr, daß reiner Glaube, wahrer Friede Beglückend sich ergiebt von Dom zu Dom, So steht mit scharfem Wort und freiem Liede Zu uns im Geisterkampfe gegen Rom!

Bernhard Endrulat.

Straßburg im Elsaß.

Kaiserliche Randbemerkungen.

In der Schublade eines Schreibstückes, welches im Schlafzimmer des Präfekturgebäudes stand, das Kaiser Wilhelm zu Versailles während der letzten Belagerung von Paris bewohnte, wurde nach dem Friedensschluß ein interessanter Fund gemacht, nämlich Briefe mit Randbemerkungen Sr. Majestät des Kaisers, welche dessen intimste Gedanken verrathen. Dieselben finden sich niedergelegt in einem in Paris erschienenen Werkle „Versailles pendant l'occupation“ von E. Delcrot. Man hieß diese Mittheilungen, wie so vieles Ähnliche für eine Erfindung und erwähnte des Werkes in Gegenwart des Kaisers, in der Erwartung, dasselbe werde die Falschheit der Randbemerkungen bestätigen. Aber Sr. Majestät äußerte: „Also hat man sie gefunden? Ich habe sie absichtlich so hingelegt, daß man sie finden konnte!“ Diese Auseinandersetzung des Kaisers macht das erwähnte Buch zu einem interessanten historischen Dokument, das der Beachtung wert ist. Der glückliche Fund bestand in ungefähr 60 Briefen, sämtlich an den König und später an den Kaiser persönlich adressirt und gewissenhaft durch die Post in seine Hände gelangt. Mit Ausnahme eines Einzigsten in deutscher Sprache geschriebenen, waren sie sämtlich französisch und enthielten die bestigten Verwünschungen gegen die preußische Armee und ihren König, so heftig, daß man sich kaum einen Begriff davon machen kann. Sie waren aus allen Himmelsgegenden zusammengestromt: aus Paris, aus Metz, Nancy, Valenciennes, Straßburg, Algier, Italien, aus der Schweiz, Holland, England u. s. w. Die meisten ohne Unterschrift, einige sogar mit farbigen und drohenden Illustrationen. Im Allgemeinen sind sie äußerst unbedeutend in ihren Gedanken, ihrem Styl, selbst in ihrer Orthographie. Das Buch gibt einige dieser Briefe im Auszug und zugleich die Randbemerkungen des Königs dazu. Ein Protestant aus der Franche Comté macht dem Könige unter dem 25. Dezember 1870 Vorwürfe, daß er den Krieg auch noch nach Sedan fortgeführt, weil der Sohn des Briefstellers dadurch habe auf dem Schlachtfelde fallen müssen. Noch sei es Zeit, Friede zu machen, aber man sage, der König könne die Republik nicht leiden und wolle sie vernichten. „Mögen Sie meinen Brief lesen oder nicht, Sire, so habe ich doch meine Pflicht gethan.“ Am Rande steht mit Bleistift von der Hand des Königs: „Est-ce que le gouvernement de la défense du 4. Septembre a demandé de faire la paix? Au contraire, il a débuté par déclarer la défense à outrance. Ce n'est donc point à la Prusse de demander la paix! à qui donc la faute, que la guerre continue?“ (Hat die Regierung der Befreiung vom 4. September verlangt, Frieden zu schließen? Im Gegenteil, ihr erster Akt war, die Befreiung bis aufs Messer zu erklären. Es war also keineswegs Sache Preußens, den Frieden zu ver-

Gegen Rom.

Als Probe aus der so eben erschienenen, von Ernst Scherenberg herausgegebenen Sammlung von Zeitschriften deutscher Dichter „gegen Rom“ (Elberfeld, Bäcker) teilen wir das nachstehende Gedicht mit:

Am Rhein

(1874).

Wie oft, o Rhein, zu deinen sonn'gen Borden
Aus Deutschland's Norden hab' ich mich gefehlt
Nun bin ein Bürger ich des Land's geworden,
Das sich von dir zum blauen Wasgau dehnt,
Des Land's, das ahnungsvoll in Knabenzügen
Mein Geist entrissen sah dem wälschen Feind.
Das nun ein unvergleichlich Heldenstreiten
Der alten Muttererde neu gieint.

Nicht von Erwin's durchsonneter Pyramide
Drückt mehr ein Feindesbanner über'n Rhein;
Es zog mit Waffenschall und Siegessiede
Das deutsche Reich in Straßburg wieder ein.
Nun weht und blüht es, wie in Märchenreichen,
Was längst begraben, hat sich frisch ermonnt,
Und wie des Zauberers Stab Gewölfe weichen,
Weicht westwärts deutschem Spruch der wälsche Land.

Doch halt! Dem stolzgeschwellten Jubelchor
Wirk'lend mischt sich noch ein trüber Klang;
B zwar wie von hinten Frankreichs Trikolore,
Verscheucht von uns'rer Krieger Donnergang,
Doch blickt ein feindlich Banner noch erhoben,
So weit die Rheinsluß deutsche Flur durchtanzt:
Es ist aus Finsterniß und Fluch gewoben,
Und Geister sterben, wo es aufgepflanzt.

eben. Wir enthalten uns aller weiteren Bemerkungen über ein solches „männliches“ Gebaren und erlauben uns nur die Anfrage zu stellen, ob das von dem hiesigen Klerus eingeschlagene Verfahren, Staatsbürger zum Ungehorsam gegen rechtskräftig erlassene Gesetze zu verleiten, nicht vor dem Richter troffällig ist.

Dortmund, 10. April. Dem „Frankf. Journ.“ wird von hier geschrieben: „Die Leute d. Bl. werden sich noch des Falles des Kaplan Mück, der in der hiesigen katholischen Töchterschule sich zuletzt Ausflüsse über die Ehe zwischen Protestanten und Katholiken schuldig gemacht hat, erinnern, ebenso unserer Aufforderung, daß der fromme Herr sich wegen Mittheilung seiner nicht gerechtfertigten Handlungswise in der Presse gerichtlich an den Verfasser halten sollte. Er that es nicht. Da ist nun endlich die l. Regierung zu Arnsberg in's Mittel getreten und hat gegen den Kaplan eine Untersuchung eingeleitet. Heute Nachmittag wurde Ihr Berichterstatter als „Auskunfts-person“ amtlich vernommen. So kommt denn doch endlich die Sache, welche der Herr Kaplan zu entschlüpfen hoffte, zum vollständigen Austrag.“

Franzreich.

Paris, 12. April. Einige Blätter versichern, daß die hiesige Regierung die Auslieferung Rochedort's und Genossen verlangen will, und daß deshalb der Generalprokurator des Appellationshofes von Paris eine Konferenz mit Mac Mahon, de Broglie und Decazes gehabt habe. Man hofft nämlich hier, daß die Regierung Disraeli's fid. gefügiger zeigen werde, als zur Zeit die von Gladstone. Falls das französische Kabinett eine solche Forderung wirklich stellen sollte, so wird dieselbe eben so wenig Erfolg haben, wie die, welche die Regierung Napoleon's III. nach dem Attentat Orsini's Betreffs der Auslieferung Mazzini's stellte. Weder der zwischen England und Frankreich bestehende Auslieferungsvertrag, noch das englische Gesetz lassen zu, daß man gegen Rochedort und Konsorten einschreite, und Disraeli wird daher gerade so handeln wie Gladstone. — Manche wollen die Echtheit der vom „Temps“ gebrachten Depesche des Grafen Beust vom 20. Juli 1870 bezweifeln. Man meint, daß derselbe sie veröffentlicht haben würde, als Herzog de Gramont mit seinen falschen Behauptungen aufgetreten sei. Dieser Grund ist aber nicht sichhaltig. Die Beust'sche Depesche enthält nämlich Dinge, die man in Wien lieber nicht an die Öffentlichkeit gebracht haben wollte, und Beust konnte daher keinen Gebrauch von derselben machen. Gramont gab übrigens auch nur den Auszug aus der Depesche, weil er, und mit Recht, glaubte, daß sie österreichischerseits nicht veröffentlicht werden. In den hiesigen offiziellen Kreisen weiß man natürlich, daß die Depesche echt ist, da sie sich in den Archiven des Ministeriums des Neuen befindet.

Die Seine-Präfektur hat an den Mauern von Paris folgende Bekanntmachung anschlagen lassen:

Territorial-Armee. Klassen 1866, 1865, 1864, 1863, 1862, 1861, 1860, 1859, 1858, 1857, 1856, 1855. Vom den Instruktionen des Kriegsministers ist der Termin für das Einschreiben in die Listen der Territorial-Armee bis zum Sonnabend, 25. April 1875 einschließlich verlängert. Die Leute der obenerwähnten Klassen, die sich noch nicht haben einschreiben lassen, werden in ihrem eigenen Interesse aufgefordert, sich bis Ablauf des neuen Termsins auf der Mairie ihres Domizils einzufinden und die zu ihrem Einschreiben auf die Listen der genannten Armee vorgeschriebenen Erklärungen abzugeben.“

Der Erzbischof von Paris hatte in der ersten Sitzung des Kongresses der katholischen Vereine angekündigt, daß er im Juni eine Wallfahrt nach der pariser Notre-Dame-Kirche auszuschreiben werde. Wie man jetzt erfährt, soll diese am 25. Juni stattfinden. Man erwartet zu derselben nicht allein Pilger aus ganz Frankreich, sondern auch aus England, Belgien, Holland sogar Amerika und — Deutschland. In der vorigestrigen Sitzung kam die Frage betreffs der Wallfahrten von Neuem zur Sprache. Es wurde mitgeteilt, daß letztes Jahr sich zwei Millionen Personen an denselben beteiligt hätten, und die Hoffnung ausgesprochen, daß die Bewegung dieses Jahr noch größere Verhältnisse annehmen werde. Man sah darin den deutlichen Beweis, daß Jesus Christus wieder Besitz von seinem Königreich Frankreich genommen habe.

Wie man nachträglich erfährt, ist es schon vor Rochedort's Flucht ungefähr hundert Deportirten gelungen, von Neu-Caledonien zu entkommen. Die Aufgabe des Admirals Ribour, der am 14. d. als außerordentlicher Regierungs-Kommissar nach der Strafkolonie abgeht, wird daher eine sehr schwierige sein. Er wird erst gegen den 20. Mai in Numea ankommen, und da er wenigstens einen Monat zu seiner Untersuchung braucht, so wird man erst gegen Ende des Sommers Offizielles erfahren. Die Polizei hat schon jetzt Agenten nach Brüssel und London gesandt, um Rochedort und Konsorten zu überwachen.

Langen. An wem also lag die Schuld, daß der Krieg fortduerte? — Ein anderer Brief beschwört den König ebenfalls, sobald als möglich Friede zu machen. Folgende Bemerkung am Rande antwortet dem Wunsche: „Comme en mariage il faut deux, de même pour conclure une paix, il faut deux! Moi, je suis l'un, ou est l'autre?“ Wie zum Heirathen Zwei gehören, ebenso sind Zwei nötig, um Frieden zu schließen. Ich bin der Eine, wo ist der Andere? — Ein, wie es scheint, leidenschaftlicher Republikaner wirft dem Könige vor, daß ihm die republikanische Regierung verhaft sei. Hierüber lautet die Randsbemerkung: „Il m'est tout à fait égal, quel gouvernement la France voudra se donner.“ (Es ist mir vollkommen gleichgültig, welche Regierung Frankreich sich geben will). Ein Elsässer schreibt: Sire! In dieser letzten Stunde stehen Ihnen nur zwei Wege offen. Der eine führt zu ewigem Ruhm, der andere zu allgemeiner Verwüstung. Wenn Sie dem ersten folgen, so werden Sie nur Ihrem eigenen Königlichen Worte treu bleiben, denn Sie haben gesagt: Ich führe nicht gegen die französische Nation, sondern gegen Napoleon und seine Dynastie Krieg. Sie haben Ihr Ziel erreicht. Sie besiegen diesen Menschen, der die ewige Schwach aller Souveräne der Welt sein wird. Sie sind auf der höchsten Spize des Ruhmes angelangt. Sire! treiben Sie es nicht weiter, lassen Sie Frankreich das Elsass, seine ergebenste Provinz u. s. w. Neben die Worte „Napoleon und seine Dynastie“ hatte der König geschrieben: „Cela n'a jamais été dit.“ (Das ist niemals gesagt worden.) Und Mr. Delcrot bemerkte dazu: „Dieser Vorwurf, daß der König sein Wort gebrochen, wiederholt sich in mehreren dieser Briefe und scheint dem Könige besonders empfindlich gewesen zu sein, denn jedes Mal, wenn ein Brief sich darauf bezog, demerteite der König am Rande, man möge doch den Vorwurf seines Manifestes nachsehen, und in der That, wenn man wörtlich übersetzen, nicht bloß dem Sirne nach urtheilen will, so muß man anerkennen, daß man den Worten des Königs eine andere Deutung gegeben hat.“ Die bezügliche Stelle der

Paris, 14. April. Marshall Mac Mahon besuchte heute die Stellen, wo die neuen Pariser Forts angelegt werden sollen. — Im Kriegsministerium beschäftigt man sich gegenwärtig mit der Bewaffnung und Equipirung der Territorialarmee; im Mai sollen die Bestellungen in dieser Hinsicht gemacht werden. Wie es scheint, ist es die Absicht Mac Mahons, im Herbst circa 400,000 Mann dieser Armee zu Uebungen einzuberufen. — Photographien Rodefort's werden seitens der Polizei massenhaft konfisziert. — Der Herzog von Almalo ist gestern aus Lyon hierher angekommen. Wie man hört, empfängt derselbe heute die Vorstände einiger Arbeiter-Körperschaften; er will bekanntlich ein Blatt gründen, daß den Interessen der Arbeiter dient.

Portugal.

Lissabon, 10. April. Der spanische Bürgerkrieg wirft seine Schatten auch nach dem kleinen Portugal herüber. Die hiesige Regierung blickt nicht ohne einige Besorgniß in die Zukunft und befürchtet, daß bei etwaigem Siege der Carlisten in Nordspanien auch die Getreuen Dom Miguel's hier ihr Haupt erheben und einen neuen Bürgerkrieg anfangen werden. Diesen Gegenstand brachte in einer der letzten Sitzungen des portugiesischen Senates Dom Michele Osorio zur Sprache und machte dabei den Minister des Innern darauf aufmerksam, daß die Schwarzen und Reactionäre auch in Portugal für Don Carlo's Soldaten anwerben ließen. Daraufhin erklärte die Regierung, daß ihr die Schliche und Umtriebe der Schwarzen und ihrer Freunde, der Carlisten und Miguelisten, wohl bekannt seien und daß sie daher alle Maßregeln ergreifen werde, um nicht nur die Dynastie und den Thron, sondern auch das Vaterland und die Freiheit zu schützen. Sie erwarte hierzu, bei allen ihren Unterthanen die nötige moralische Unterstützung zu finden. Diese Erklärung nahm der Senat mit Beifall entgegen, und von sämtlichen Mitgliedern wurde der Regierung das Vertrauen des Hauses ausgesprochen.

Großbritannien und Irland.

London, 13. April. Heute Nachmittag wird die in Southampton ankommende Leiche Livingstone's von einem Trauerzug abgeholt werden, an welchem der Mayor von Southampton, die Verwandten und viele Freunde des Verstorbenen, darunter Admiral Sir W. Hall, General Rigby, Oberst Grant, der Geistliche Waller, welcher die Livingstone-Expedition so freigiebig mit Fonds versah, und Stanley, der durch seine afrikanische Reise bekannt gewordene Berichterstatter des „New York Herald“, teilnehmen werden. Stadt und Hafen werden alle äußern Zeichen der Trauer anlegen und die Batterien Salutschüsse lösen. Ein Extrazug wird alsdann den Sarg nach London befördern, wo in gleich feierlicher Weise die Ueberbringung nach Savile Row in die Räume der Geographischen Gesellschaft stattfinden wird. Die Geistlichkeit macht gestern in verschiedenen Kirchen das Leben und den Tod Livingstone's zum Gegenstande der Predigt, und im Laufe der Woche läßt sich eine großartige Kundgebung allgemeinen Trauergefühls in allen Schichten der Gesellschaft, in der Kirche, der Presse und dem öffentlichen Leben erwarten.

Lokales und Provinziales.

Posen, 16. April.

Der „Kurier Poznański“ ist etwas erstaunt darüber, daß der königl. Gerichtshof für Kirchensachen mit dem Primas so kurzen Prozeß gemacht hat; das Blatt hatte geglaubt, daß Gericht werde die Sache in die Länge ziehen, um die Inkrafttretung der neuen Supplementarbestimmungen zu den Maigesetzen abzuwarten. Die Sache ist allerdings schnell gegangen und da nach § 35 des Gesetzes vom 12. Mai der Gerichtshof endgültig mit Ausschluß jeder weiteren Berufung entscheidet, so ist das Urtheil sofort rechtskräftig, und nach unseren Staatsgesetzen ist in unseren Diözesen Sedisvakanz, zu deren Beseitigung die Domkapitel nicht gezwungen werden können und auch nach dem Gesetzentwurf, betreffend die Verwaltung erledigter Bistümer, nicht gezwungen werden sollen. (Vgl. unter Breslau) Trotzdem haben die Domkapitel in Posen und Gnesen an den Landtag eine Eingabe gerichtet, um der Volksvertretung die Bitte vorzutragen, den betreffenden Gesetz-Entwurf abzulehnen. Wir glauben nicht, daß sich der Landtag durch diese — wie es scheint — gleichlautenden — Petitionen der verschiedenen Domkapitel (vgl. unter Breslau) abhalten lassen wird, dem Entwurf seine Zustimmung zu geben. Gerade die durch Urteil ausgesprochene Amtsentsetzung des Grafen Ledochowski wird ein dringliches Motiv geben, die parlamentarische Erledigung der Sache zu beschleunigen. Aller-

dings darüber noch nicht getroffen sind. Vermuthlich wird dem Badeaufenthalt in Ems, der wohl im Monat Juni stattfinden dürfte, ein mehrwöchentlicher Aufenthalt in Wiesbaden und ein Besuch in Jüngheim (beim großherziglich hessischen Hofe) vorbereiten. Am 3. Mai erwartet der Kaiser den Besuch des Kaisers von Russland, welcher auf der Reise nach Ems bis zum 5. Mai Abends in Berlin verweilen wird. Vor einigen Tagen hat der Kaiser ein Ballfest mit seiner Gegenwart geehrt, welches von unverheiratheten Herren der berliner Aristokratie in der Passage veranstaltet wurde. Der Kaiser verweilte dort über 2 Stunden. Auf einer Spazierfahrt der kronprinzipalischen Herrschaften durch den Thiergarten am letzten Sonntag wurde, obchon der Wagen nur im Schrit fuhr, auf der stark belebten Straße an den Seiten ein Kind zwar nicht übersfahren, aber so heftig umgeworfen, daß es zwischen die Pferde geriet. Der Kutscher brachte die Pferde sofort zum Stehen; die kronprinzipalischen Herrschaften stiegen aus dem Wagen und der Kronprinz hob das am Boden liegende, laut schreiende Kind auf. Er war sichtlich erfreut, daß es keinen Schaden genommen, hielt es im Arme und herzte und streichelte es so lange, bis es sich wieder beruhigt hatte dann gab er es den überglücklichen Eltern zurück. — Bei der letzten Hoffjagd in Peßlingen am 6. November v. J. hatten ein Garde-Landwehrmann aus der vorigen Gegend und seine Frau die Gelegenheit wahr genommen, dem Kronprinzen eine Bittschrift überreichen zu lassen, in welcher sie um Gewährung der Heilflosen für ihn mit sogenannten Klumpfüßen geborenes Söhnchen batzen. Der Kronprinz ließ sich die Familie vorstellen, betrachtete das sonst wohlgestaltete Kind mit ersichtlicher Theilnahme und sagte den Eltern aufs Freundlichste seine Unterstützung für die Heilung ihres Kindes zu. Auf Höchstes Veranlassung wurde das Kind einer Heilanstalt zu Magdeburg überwiesen und ist nunmehr völlig geheilt. Bei der nächsten Hoffjagd soll das Kind dem Kronprinzen wieder vorgestellt werden. — Wie die „Oldenb. Zeit.“ aus Jever schreibt, ist auch diesmal zum Geburtstage des Reichskanzlers wiederum die gewohnte Sendung von 101 Kribbieren abgegangen. Die Widmung lautet einfach: „Dem Fürsten Bismarck zur Gesundung! Die Getreuen in Jever bertranen wir, daß die erste Frucht des jungen Frühlings dem fränkten Staatsmann eine wohlsmakende und nahrhafte Speise werde.“

dings werden die Domkapitel es nach ihrer Erklärung ablehnen, „neinen neuen Bischof oder auch nur einen Kapitelsvikar zu wählen,“ indessen wird dann die Regierung die Befugniß haben, zur Verwaltung des Kirchentümens — im Interesse der Gemeinden — einen Kommissar zu bestellen. Es wird sich fragen, wie sich die Domkapitel diesem Beamten gegenüber stellen werden, jedenfalls zweifeln wir nicht, daß die Staatsregierung es schon verstehen wird, ihrem Beamten Achtung zu verschaffen. Uebrigens vermutet der „Kurier“, daß die Regierung möglicherweise schon vor dem Zustandekommen des neuen Gesetzes gewisse Vorsichtsmaßregeln und Beschränkungen eintreten lassen werde. „Unser Weg ist klar vorgezeichnet“, fügt er hinzu, und wiederholt dann die alten Versicherungen, den eingenommenen Standpunkt ohne Schwanken festzuhalten, indessen drückt sich das Blatt sehr zähm aus, von der alten Kampfslust und Siegeszuversicht scheint die ultramontane Partei nichts mehr zu besitzen.

Wie vorauszusehen, ist der „Kurier“ mit seinem Appell an die national-polnische Partei abgefallen. Der „Dienst Poznański“ macht einige helle Bemerkungen zu der Amtsentsetzung des Grafen Ledochowski. Seine Ansicht zu äußern, habe er nicht nötig, denn sein Standpunkt sei bekannt. Und dann fügt das Blatt hinzu:

Der Kampf wird jetzt eine gräßere Ausdehnung annehmen. Was ist angefischt dessen zu thun? Nun, Ruhe und Würde zu zeigen und mit Ausdauer zu unserer Fahne zu stehen. Uns ist es nicht erlaubt, uns schon stark untergraben Kräfte zu irgende in welchen Experimenten zu vergeuden, im Gegenheil müssen wir in eifriger und verdoppelter Arbeit sowohl auf nationalem wie sozialem Gebiete alles dasjenige zu entwickeln suchen, was als Bürgschaft einer besseren Zukunft dienen könnte. Dieser Augenblick wird aber um so früher eintreten, wenn unsere einzige Lösung sein wird: Ausdauer und Arbeit.

Die klerikale Partei wird diese Sprache verstehen!

— Wie der „Kurier Poz.“ aus sicherer Quelle erfährt, wird der Domherr und stellvertretende Official Wojciechowski in Gnesen morgen (Freitag) verhaftet und nach Bromberg gebracht werden.

— Am 13. und 14. d. M. fand im hiesigen Schullehrseminar die Prüfung der interimistisch angestellten Lehrer behufs definitiver Anstellung im Lehrfache statt. Es hatten sich zur Prüfung sechs Kandidaten gestellt, von denen aber nur ein einziger das Examen bestand. Man kann dieses traurige Resultat wohl als eine Folge der noch lange nicht überwundenen Regulative ansehen.

— Die Konfiskation der „Gazeta Torunia“ vom Sonntag ist, wie das genannte Blatt nun selbst meldet, wegen der fälschlichen resp. ungenauen Wiedergabe eines Abschnittes aus der Rede des Abg. Dr. v. Domirski erfolgt. Ihr berliner Korrespondent habe sich bei der Übertragung des französischen Wortlauts der Rede in das Polnische Ungenauigkeiten zu Schulden kommen lassen.

r. Im Volksschulwesen unserer Stadt sind mit Beginn des neuen Schuljahrs folgende Veränderungen eingetreten: Die Lokal-Schulinspektion über die 3 Stadtschulen, welche bis dahin provisorisch den Rektoren der Mittelschule und Bürgerschule übertragen war, ist nunmehr, nachdem jede der 3 Stadtschulen ihren besonderen Rektor erhalten hat, jenen beiden Herren wieder entzogen, und den 3 neuen Rektoren (Greber, Dr. Kriebel und Scheffler) übertragen worden, so daß demnach von nun an jeder Direktor der 5 städtischen Volksschulen (Mittelschule, Bürgerschule, 3 Stadtschulen) Lokal-Schulinspektor über die ihm untergebene Anstalt ist, während das Kreis-Schulinspektorat bekanntlich der Oberbürgermeister Kohleis ausübt. — Was die Durchführung der Oberprüfung v. J. betrifft, so ist nunmehr in allen Lehrgegenständen, mit Ausnahme der Religion und des Kirchenganges, die Unterrichtssprache die Deutsche. Der Unterricht in der Religion und im Kirchengange wird, wie bisher, nach II. der Bestimmungen den Kindern polnischer Zunge in der Muttersprache ertheilt, und wird es von der Regierung abhängen, ob und wann auch in diesen Unterrichtsgegenständen auf der Mittel- und Oberstufe die deutsche Unterrichtssprache für Kinder polnischer Zunge eingeführt wird. Ebenso bleibt, wie bisher, nach IV. der Bestimmungen das Polnische Unterrichtsgegenstand für die Kinder polnischer Zunge, bis die l. Regierung in geeigneten Fällen das Gegenheil bestimmt. Da deutsche Kinder nach IV. der Bestimmungen zur Theilnahme am polnischen Sprachunterricht der Genehmigung des Kreis-Schulinspektors bedürfen, so ist nunmehr an sämtlichen Rektoren der genannten Lehranstalten die Weisung gegangen, die Eltern der deutschen Kinder zu befragen, ob sie wünschen, daß dieselben polnischen Sprachunterricht erhalten. Es sollen demnach nur diejenigen deutschen Kinder polnischen Sprachunterricht erhalten, deren Eltern dies wünschen, und sollen, um dies im Leistungsspiele gut durchführen zu können, die polnischen Sprachstunden an den Schluss des Vor- oder Nachmittagsunterrichts verlegt werden. Wie der „Dniestr“ mittheilt, haben an der Mittelschule & der Eltern deutscher Kinder den Wunsch ausgesprochen, daß dieselben polnischen Sprachunterricht erhalten.

Mr. Die polytechnische Gesellschaft feierte am Sonnabend ihr achtes Siftungsfest im Saale von Budow's Hotel de Rome. Dasselbe wurde nach 8 Uhr Abends durch einen Vortrag des Professors Dr.

mungen darüber noch nicht getroffen sind. Vermuthlich wird dem Badeaufenthalt in Ems, der wohl im Monat Juni stattfinden dürfte, ein mehrwöchentlicher Aufenthalt in Wiesbaden und ein Besuch in Jüngheim (beim großherziglich hessischen Hofe) vorbereiten. Am 3. Mai erwartet der Kaiser den Besuch des Kaisers von Russland, welcher auf der Reise nach Ems bis zum 5. Mai Abends in Berlin verweilen wird.

Bor einigen Tagen hat der Kaiser ein Ballfest mit seiner Gegenwart geehrt, welches von unverheiratheten Herren der berliner Aristokratie in der Passage veranstaltet wurde. Der Kaiser verweilte dort über 2 Stunden.

Auf einer Spazierfahrt der kronprinzipalischen Herrschaften durch den Thiergarten am letzten Sonntag wurde, obchon der Wagen nur im Schrit fuhr, auf der stark belebten Straße an den Seiten ein Kind zwar nicht übersfahren, aber so heftig umgeworfen, daß es zwischen die Pferde geriet. Der Kutscher brachte die Pferde sofort zum Stehen; die kronprinzipalischen Herrschaften stiegen aus dem Wagen und der Kronprinz hob das am Boden liegende, laut schreiende Kind auf. Er war sichtlich erfreut, daß es keinen Schaden genommen, hielt es im Arme und herzte und streichelte es so lange, bis es sich wieder beruhigt hatte dann gab er es den überglücklichen Eltern zurück. — Bei der letzten Hoffjagd in Peßlingen am 6. November v. J. hatten ein Garde-Landwehrmann aus der vorigen Gegend und seine Frau die Gelegenheit wahr genommen, dem Kronprinzen eine Bittschrift überreichen zu lassen, in welcher sie um Gewährung der Heilflosen für ihn mit sogenannten Klumpfüßen geborenes Söhnchen batzen. Der Kronprinz ließ sich die Familie vorstellen, betrachtete das sonst wohlgestaltete Kind mit ersichtlicher Theilnahme und sagte den Eltern aufs Freundlichste seine Unterstützung für die Heilung ihres Kindes zu. Auf Höchstes Veranlassung wurde das Kind einer Heilanstalt zu Magdeburg überwiesen und ist nunmehr völlig geheilt. Bei der nächsten Hoffjagd soll das Kind dem Kronprinzen wieder vorgestellt werden. — Wie die „Oldenb. Zeit.“ aus Jever schreibt, ist auch diesmal zum Geburtstage des Reichskanzlers wiederum die gewohnte Sendung von 101 Kribbieren abgegangen. Die Widmung lautet einfach: „Dem Fürsten Bismarck zur Gesundung! Die Getreuen in Jever bertranen wir, daß die erste Frucht des jungen Frühlings dem fränkten Staatsmann eine wohlsmakende und nahrhafte Speise werde.“

Zum Hofe.

Die Mittheilungen über die Frühjahrssreisen des Kaisers sind der „Provinzial-Korresp.“ zufolge durchweg verfälscht, da bestim-

Szafarkiewicz über die Bildung von Grundeis, Schnee und Hagen eröffnet. Nachdem die Festgenossen an der Festtafel Platz genommen, erstattete der Vorsitzende, Medizinal-Assessor, Apotheker Reimann einen Bericht über die Tätigkeit des verstorbenen Vereinsjahrs, und schloss denselben mit einem Hoch auf das fernere Gedächtnis des Vereins. Dem Bericht ist zu entnehmen, daß der Verein gegenwärtig 68 Mitglieder zählt, und daß im abgelaufenen Vereinsjahr 28 Sitzungen stattfanden, in denen über ca. 100 Gegenstände verhandelt wurden. In der zweiten Pause hielt der Dr. Theile einen humoristischen Vortrag über das Nauchen. Darauf schloß sich eine große Anzahl von Toasten.

Von der polnischen Emigration. In Zürich findet dieser Tage eine Delegiertenversammlung sämtlicher in der Schweiz befindlichen polnischen Emigrantenvereine statt. Zweck der Versammlung ist die gegenseitige Verständigung über verschiedene Tagesfragen und die Beratung über die Herausgabe einer Zeitung. — Der Verein der lernenden polnischen Jugend in der Schweiz, welcher noch vor wenigen Jahren zahlreiche Mitglieder zählte, geht seiner Auflösung entgegen, die meisten Mitglieder sind aus dem Vereine ausgetreten. Demzufolge ist auch das von dem Vereine herausgegebene Organ „Przysłosć“ (Die Zukunft) eingegangen.

Polnische Wirtschaft. In einem galizischen Blatte finden wir über dieses Thema einen bemerkenswerten Artikel, den wir in geheimer Überzeugung hier wiedergeben: Diejenigen, welche gewöhnlich den polnischen Aufstand verdammten, zählen mit besonderer Vorliebe die nachteiligen Folgen auf, welche der Aufstand herbeiführt hat. Zu den schwersten Vorwürfen gehört der, daß die Russen in Folge des Aufstands eine große Anzahl Güter konfisziert und auf diese Weise dem Polen zum empfindlichsten Schlag verfest haben. Wir leugnen nicht, daß ein verfehlter Aufstand, wie jeder verlorene Krieg, allseitig große Verluste im Gefolge hat. Schlimmer jedoch und empfindlicher als die auf diese Weise erwirkten Nachtheile sind diejenigen, welche durch schlechte Wirtschaft, Trägheit, Verzögerung und Unredlichkeit der Grundbesitzer entstanden sind. Im Polen'schen und in Westpreußen haben dieselben durch schlechte Wirtschaft, Luxus und Verzögerung mehr Grundbesitz eingeblüft, als im Königreich Polen durch die russischen Konfiskationen. Freiwillig haben sie ungeheure Landstreken Deutschen übergeben und zugleich mit dem Vermögen ihre Ehre verloren. In Galizien war kein Aufstand, und doch haben die Herren ganze Kreise an Deutsche und Juven abgetreten. Die Summen, welche die galizischen Herren bei den letzten Krachen der wienischen Börse verloren, sind viel bedeutender als der Wert der konfiszirten Güter in Litauen, Podolien, Wolhynien und der Ukraine. So hat u. A. der Graf B. an der Börse 200,000 Gulden, der Fürst A. L. eine Million, der Fürst B. vier Millionen, hr. S. über 600,000 Gulden u. s. w. verloren. Wenn wir in ganz Galizien die Verluste, welche die Anhänger der Utilitätspolitik erlitten haben, zusammenzählen, so werden wir bald einsehen, warum Russisch-Polen trotz der Konfiskationen reich ist und warum die galizischen Herren nicht einen Pfennig für Volksbildung, Bücher und Zeitschriften hergeben, warum Galizien elender als das durch Murau gewählte Litauen ist.

Der in letzter Zeit mehrfach erwähnte Lehrer an der Real-schule, Herr Fabisch, hat dem „Orien. Post.“ zufolge sich nunmehr entschieden geweiht, katholischen Religionsunterricht an der genannten Schule zu erteilen. Herr Fabisch ist ein Bruder des Dekan Fabisch in Ostrowo.

Der Redakteur des „Dremonit“ hr. Dr. Szymanski hat abermals eine selbständige Haft im biesigen Kreisgerichtsgefängniß angetreten, zu welcher er wegen Preszvergehen verurtheilt worden ist.

Diamantene Hochzeit. Am Mittwoch feierten hier der Kaufmann Abraham Warschauer und dessen Ehegattin, beide im Jahre 1776 geboren, im Rathaus Saale ihre diamantene Hochzeit. Derselben wohnten zahlreiche Gäste, unter ihnen auch der Polizeidirektor Stauch, der Oberbürgermeister Kohleis und der Vorstand der jüdischen Korporation bei. Die Einsegnung des Jubelpaars erfolgte durch den Rabbiner Felchenfeld.

Diebstähle. Aus den Dispositionsbeständen der Feldlazareth-Utensilien im Triuadepot sind 6 baumwollene Unterjacken, gestempelt V. P. K. U. 1870 gestohlen worden. — Aus einem Materialwarengeschäft in der Wronkerstraße wurden durch Einschleichen in der vergangenen Nacht 3 Thlr., diverse Materialwaren, 10 Flaschen Wein us. gestohlen, und auf der Schulstraße aus einem unverschlossenen Stall einem Droschenkutscher ein Kommissmantel und ein Pelz. — Einem Maurer in der Nasse gasse wurde durch einen Aßtermiether ein Hemde, einer Witwe auf dem Alten Markt während der Zeit, wo sie frank im Lazareth lag, Belten und diverse Wäsche, und einem Kaufmann auf dem Graben von dessen Holzraume diverse Nutzhölzer gestohlen.

Aus dem Kreise Broms. 12. April. [Die Einziehung der Schulunterhaltungsbeiträge, welche auf dem Lande gewöhnlich den Gerichtsschulzen als Ortssteuererhebungen oder auch besonderen Schulassen-Rendanten obliegt, geht fortwährend zu mancherlei Klagen und Beschwerden der Lehrer (und mitunter auch der Schulsozietätsmitglieder) Veranlassung. Nach § 22 der Instruktion für die Schulvorstände v. d. 21. Oktober 1842 sollen die baaren Beiträge vierteljährlich pränumerando, und zwar immer in der ersten Woche des letzten Monats des ablaufenden Vierteljahrs eingezogen werden, damit den Lehrern ihr Gehalt, wie es § 23 der Instruktion klar vorschreibt, in vierteljährigen Raten am ersten Tage jedes Vierteljahrs pränumerando ausgezahlt werden kann. In Wirklichkeit geschieht dies aber fast nirgends, indem die Einziehung der Schulbeiträge in der Regel erst in der letzten Woche des ablaufenden Vierteljahrs beginnt und sich dann oft so verzögert, daß einige Wochen vergehen, ehe die sämtlichen fälligen Beiträge zusammenkommen. Manche Schulassen-Rendanten machen es sich auch so bequem, daß sie nur halbjährlich die Beiträge von den Schulsozietätsmitgliedern einzehlen. Wenn dann die Lehrer nach ihren Gehältern kommen, so finden sie die Schulassen leer oder nur einige Thaler darin, welche sie als Abschlagszahlung annehmen müssen, wenn sie nicht wochenlang warten wollen. Beschwerden über die verzögerte Gehaltszahlung helfen auch nicht viel, weil meist geraume Zeit vergeht, ehe sie ihre Wirkung äußern. Ein Hauptgrund dieser möglichen Zustände liegt darin, daß die meisten Gerichtsschulzen und Schulassen-Rendanten auf dem Lande die oben erwähnte Instruktion vom 21. Oktober 1842 gar nicht kennen. Um diesen Nebenständen ein Ende zu machen, dürfte es nothwendig sein, jedem Gerichtsschulzen und Schulassen-Rendanten auf dem Lande je ein Exemplar der mehrererwähnten Instruktion von Amts wegen (mit der Verpflichtung zu genauerer Befolgung der betreffenden Vorschriften) einzuhändigen. Dadurch würden sie nicht allein den Lehrern, sondern auch den Gemeindemitgliedern gegenüber einen sicheren Standpunkt gewinnen, indem die Letzteren sich oft weigern, vor dem Beginn des neuen Quartals ihre fälligen Beiträge an die Schulasse resp. an die Rendanten zu zahlen. Außerdem dürfte es sich noch empfehlen, die im Regierungsbezirk Bromberg neuerdings getroffene Einrichtung auch im diesbezüglichen Bezirk einzuführen: daß die Beiträge einmal in einem Jahre für fünf Quartale repatriert und eingezogen werden, damit die Schulassen stets in der Lage sind, die laufenden Gehälter und sonstige Zahlungen pünktlich zu entrichten, ohne durch etwaige Ausfälle oder Verzögerungen in den Einnahmen in ihrer Zahlungsfähigkeit beschränkt zu werden.]

Unterschifin, 12. April. [Offertorien. Thierarzt. Satzen]. Anschließend an das Referat in Nr. 215, betreffend Offertorien, und zum Beweise des dort Gesagten, „daß die Zeiten, wo auf freiwillige Gaben noch etwas zu rechnen ist, längst vorüber“, sei mitgetheilt, daß die Offertorien, welche am 2. Osterfeiertage resp. am Sonnabend nach den Feiertagen für zwei biebla Kirchenbeamten (Kantor und Ritter) eingesammelt wurden und „einen Theil ihres Gehaltes“ ausmachen, die gewiß beträchtlich zu nennenden Erträge von 1 Thlr. 16 Sgr. 4 Pf. resp. 16 Sgr. 4 Pf. ergeben haben. Da der Kirchenbesuch an genannten Tagen (namenlich am letzteren) in quantitativer wie qualitativer Beziehung ein geringer ist — wie die zahlreichen Kupfermünzen beweisen, da ferner diese so geringen, kaum nennenswerten Einnahmen den betreffenden Beamten angerechnet werden, so wäre es

wahrlich an der Zeit, denselben durch Fixierung eine sichere Einnahme dafür zu bieten, oder da man für eine solche nicht zu sein scheint, sie wenigstens auf den 1. resp. 2. Feiertag zu verlegen. — Seit dem 1. d. M. ist unser Ort und dessen Umgegend ohne Thierarzt. Da die Praxis eine ziemlich bedeutende, so ist die baldige Niederlassung eines Thierarztes hier selbst höchst wünschenswerth. — In Folge des Regens der letzten Tage und des gegenwärtigen warmen Wetters entwickeln Saaten, Wiesen und Obstbäume eine kräftige Vegetation und bereichern die guten Hoffnungen.

Schriften, 13. April. [Landwehrverein. Saalbau. Kirchenbeiträge. Wasserstand.] Beihis Berathung der Statuten des Landwehrvereins für Schrimm und Umgegend fand gestern unter Vorsitz des Landrats Böhm eine Generalversammlung im Malinschischen Saale statt. Herr Landrat B. eröffnete die Versammlung mit einer Ansprache an die zahlreichen Schriften, in welcher er den Zweck des Vereins in kurzen Worten darlegte und schloß hierauf mit einem dreimaligen Hoch auf den Kaiser, in welches die Versammlung fröhlig einstimmte. Darauf ernannte Landrat B. unter seinem Vorsitz die Hrn. Bürgermeister Wiedner und Rädermeister D. Boldini zu provvisorischen Vorstandsmitgliedern bis zur definitiven Wahl. Von der Berathung der Statuten jedoch wurde, nachdem mehrere Redner auf die Schwierigkeiten einer solchen Arbeit in einer so sehr zahlreichen Versammlung hingewiesen hatten, durch Abstimmung Abstand genommen. Es wurde eine Kommission, bestehend aus fünf Mitgliedern, gewählt, welche die Vereinstatuten zu berathen und diese in der am 17. Mai c. festgesetzten zweiten Generalversammlung vorzulegen haben. — Die von uns seiner Zeit gebrachte Notiz über die Nothwendigkeit eines Saales in unserer Stadt hat Beachtung gefunden. Der Bürgermeister Neuman hant natürlich dem neuen Postgebäude gegenüber einen für die heutigen, in erfreulicher Weise aufblühenden Vereine recht geeigneten Saal. Das Fundament ist bereits gelegt und soll derselbe zu Pfingsten schon dem Publikum zur Benutzung übergeben werden. — In der gestrigen Sitzung des Gemeinde-Kirchenraths und der Repräsentanten war die Reparation des Kirchenbeitrages nach Maßstab des Klassensteuer Gesetzes der Berathung. Einer näheren Erörterung unterlag die Frage, ob auch hinsicht die von der Klassensteuer befreiten Mitglieder Kirchenbeitrag zahlen sollen. Nach langer Debatte einigte sich die Versammlung dahin, daß trotz der Befreiung von der Klassensteuer eine solche von Kirchenbeiträgen nicht stattfinden könne und die Betreffenden mit 3 Sgr. pro Thaler der früher geahlten Klassensteuer zu beladen sind. — Der diesjährige Wasserstand der Warthe ist ein besonders hoher und an einigen Stellen hat das Wasser die Ufer überschritten und die angrenzenden Acker und Saalfelder total überflutet. Die betreffenden Landwirthe erleiden durch diese Überschwemmung einen nicht zu unterschätzenden Schaden. Auch den Schiffen bereitet der sehr hohe Wasserstand bei der Durchfahrt durch die Brücke nicht geringe Schwierigkeiten.

Czarnikau, 13. April. [Unglücksfall.] In Lubasz bei Czarnikau hat sich folgender Unglücksfall zugestalten: Der hiesige Kupferschmiedemeister Perdelwitz sandte seinen jüngsten Sohn in die Brennerei nach Lubasz, um dort die an dem Brennapparat nötig gewordenen Reparaturen vorzunehmen. Damit fertig, wurde der Apparat probeweise benutzt. Um genau beobachten zu können, setzte sich der Arbeiter, die gewöhnlich beim Brennen beschäftigt sind. Die entwickelten Dämpfe sprengten die Blase und die ganze siedende Flüssigkeit strömte gegen den Perdelwitz. Gewiss wurde Perdelwitz getötet worden sein, wenn ihn nicht der in der Nähe befindliche Arbeiter mit großer Geistesgegenwart gerettet hätte. Perdelwitz liegt mit verbranntem Gesicht, mit verbrannten Händen und Beinen darnieder. Leider ist der Retter selbst das Opfer seiner Nächstenliebe geworden. Am ganzen Körper schrecklich verbrannt, starb er nach kurzer Zeit. (Br. 3)

— ? Kreis Wongrowitz, 10. April. [Lehrerkonferenz.]

„Leben ist Streben.“
„Leben ist Streben.“
„Dem lebendigen Lehrer“, sagt Diesterweg, „ist die Lehrerkonferenz ein Bedürfnis. Er kann sie nicht lassen, er ruft sie hervor, wo sie nicht ist, und wo sie existirt, ist er dabei.“ — Daß im biesigen Kreise die Zahl der lebendigen, vorwärtsstreben den Lehrer eine größere wird, ist als eine erfreuliche Thatache zu melden. Zu der am 8. d. Mts. im Gastwirth Kuntzschens Lokale zu Wongrowitz stattgehaltenen freien Konferenz waren über 30 Lehrer erschienen, von denen manche einen fast 3 Meilen weiten Weg zu machen hatten. Nachdem die Konferenz mit dem schönen Liede: „Brüder, reicht die Hand zum Bunde!“ eröffnet worden war, begrüßte der Vorsitzende Lehrer Käding, die Versammlung mit kurzen Worten, indem er den Wunsch aussprach, die Lehrer möchten das Dichterwort:

„Läßt uns besser werden,
Gleich wird's besser sein.“

zu ihrer Lösung machen. Demnächst hielt Lehrer Swat-Wongrowitz einen, von großem Fleiß zeugenden, läbiflichen Vortrag über das Thema: „die Anschaulichkeit des Unterrichts in der Volkschule.“ An der mit Lebhaftigkeit geführten Diskussion, welche sich an dies Referat anschloß, beteiligte sich namentlich Lehrer Höhne-Wongrowitz. Eine zweite Konferenz-Arbeit hatte Lehrer Pfeiffer aus Popowosk. über das Thema: „Wann ist der Unterricht wahrhaft praktisch?“ geliefert. Auch dieser Aufsatz, der recht gute Gedanken enthielt, wurde mit Interesse besprochen. Die Konferenz — nur einmal von einer kleinen Pause unterbrochen — dauerte gegen 4 Stunden. — Bei dem gemeinschaftlichen Mittagessen, an dem meist sämtliche Konferenzmitglieder teilnahmen, brachte Lehrer Käding einen humoristischen Toast auf den Kultusminister Dr. Falck aus, der viel Beifall fand. Auch wurde bei Tisch wacker gesungen. Gesang giebt einer Lehrerversammlung erst die rechte Weise und das wahre Leben, ja bewirkt erst die rechte brüderliche Freiheit und Herzenseinklang. Der Tag hatte sich bereits gezeigt, als die Versammlten sich trennten mit dem Gruss: „Auf Wiedersehen!“

Staats- und Volkswirtschaft.

Fr. Berlin, 15. April. Der heut bekannt gewordene Rechnung-Abschluß der Diskonto-Gesellschaft hat endlich die Börse von einem schweren Alp befreit und den „Herunterschretern“ der Course, welche übrigens schon seit einer Woche Morgenlust witterten, daß Handwerk auf einige Zeit gelegt. „Alles rennet, sich zu decken,“ war die Lösung der heutigen Börse, und die Folge, daß Diskonto-Kommandit-Antheile gegen gestern um 9 pCt. avancirten. Es ist dies ein Beweis dafür, daß die Börse auf dem Gebiete der Spekulationspapiere die seitherige Unempfänglichkeit für gute Nachrichten endlich aufgegeben zu haben scheint und daß es nur eines gemischten Impulses bedurfte, auf den Ruinen einer vergangenen Zeit neues Leben erblühen zu sehen. Man wähne indeß nicht, daß eine Börse, wie die heutige, sich wochenlang auf dem Répertoire erhalten werde; dazu sind die Verhältnisse im Ganzen betrachtet, zur Zeit noch nicht angebracht.

**** Reichsinvalidenfond.** Nach einer dem Reichstage mitgetheilten Übersicht haite der Reichstag den Invalidenfond Ende Februar 1874 265 Thaler bei der Reichskasse und den Bankhäusern gut und außerdem folgende Anlagen gemacht (überall im Nennwert):

Schuldverschreibungen deutscher Staaten Thlr. 32,140,500.

do. süddeutscher Guld. 3,677,500.

Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen mit Staats-

Garantie Thlr. 17,806,900.

do. süddeutscher Guld. 7,025,500.

Schuldverschreibungen deutscher kommunaler

Korporationen Thlr. 35,351,086.

Schuldverschreibungen nicht deutscher

Staaten Holl. Guld. 2,560,000.

Pfd. Sterl. 918,750.

Doll. 17,784,000.

Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen ohne Staats-Garantie Thlr. 68,579,000

südd. Guld. 495,250
Der dem Invalidenfonds unterstelle Festungsbaufonds hatte am 28. Februar 34,865,300 Thaler in nicht garantirten Eisenbahn-Prioritäten angelegt und 18,599,420 Thaler bei der Reichskasse und den Bankhäusern gut. Der Fonds für die Errichtung und Bauhöfen gebäude des Reichstagsgebäudes hatte 5,809,300 in Dollars (jedenfalls in amerikanischen Bonds) angelegt und 69 Thaler gut. — Es ist zu Zeit ein Barbestand von noch beim Festungsbaufonds von 18,5 Millionen Thalern vorhanden, dessen Umwandlung in zinstragende Papiere ebenfalls bis Anfang Mai in Aussicht steht. Von Interesse ist die Thatsache, daß der Invalidenfonds sich mit nahezu 5 Prozent veränkt, und ferner die Ausgaben aus demselben vor 1873 von 4,746,336 Thaler geringer sind als der Vorauszahlung. (N. 3.)

**** Berlin, 16. April.** [Konkurs Quistorp. Berliner Kommerz- und Wechslerbank.] Wie man soeben erfährt, haben die Privat-Konkursgläubiger des Herrn Heinrich Quistorp den bereits früher mitgetheilten Aufröverschlägen des Kirdars in dem gestern stattgehabten Auftakttermine zugestimmt. — Der Umtausch der Interims- und Aktien I. Emission der Berliner Kommerz- und Wechslerbank findet einer Bekanntmachung der Direktion folge, vor heute ab bei der Bankkasse hier selbst statt.

**** Eisenbahnen.** Wie man der „Schrif. Pr.“ aus Oels vom 13. April hört, wird an der Oels-Gnesener Eisenbahn sehr tüchtig gearbeitet und sind alle Vorbereitungen getroffen, um den Bogen unter Aufsicht aller die Gebote stehenden Kräfte so schnell als möglich zu Ende führen zu können. Zum meistbietenden Verkauf der Bonnischen Bentreitbahn ist nunmehr der Termin auf den 20. Mai angesetzt. Da Gebote unter 2,100,000 Thlr. nicht angenommen werden, die versuchte Organisation der Inhaber von Stamm-Prioritäten der Bahn bisher aber nicht so weit gediehen ist, um ein verträgliches Minimalgebot abzugeben zu können, lädt sich, wie der „Börs. Cour.“ meint, mit Bestimmtheit voraussehen, daß dieser Verkauf unter jedes Resultat verlaufen wird. Es werden unterdessen Vorbereitungen getroffen, um auf Grund des neuen Eisenbahngesetzes, welches bis da hin voraussichtlich in Kraft getretten sein wird, die Bahn in den Besitz der Stamm-Prioritäts-Aktionäre überzuführen. Die Aktionäre selbst fallen jedenfalls ganz aus. Die offizielle gerichtliche Tore für die Bahn erreicht die Summe von 2,438,700 Thlr.

**** Einlösung der Landesgoldmünzen.** Das Finanzministerium macht bekannt, daß die nach der Bekanntmachung vom 17. d. M. stattfindende Annahme und Einlösung der Landes-Goldmünzen während der Monate April, Mai und Juni in Berlin durch die General-Staatskasse, das Haupt-Steueramt für inländische Gegenstände, das Haupt-Steueramt für ausländische Gegenstände und die Kasse der Direktion für die Verwaltung der direkten Steuern erfolgt.

**** Wien, 15. April.** Bei der heute stattgehabten Zählung der 1864er Lotte fiel der Haupttreffer von 220,000 fl. auf Nr. 5 der Serie 1963; 15,000 fl. fielen auf Nr. 36 der Serie 1963, 10,000 fl. auf Nr. 33 der Serie 2549. Sonstige gezogene Serien: 166, 322, 748, 1520, 1694, 3392.

**** Wien, 15. April.** Wochen-Ausweis der österreichischen Nationalbank.

Notenumlauf	318,713,120	Ablnahme	810,770 fl.
Metallothas	144,133,353	Ablnahme	135,000
In Metall zahlbare	4,190,519	Ablnahme	148,523
Staatsnoten, welche der Bank gehören	1,261,465	Ablnahme	435,510
Wechsel	144,996,496	Zunahme	706,818
Lombard	41,174,100	Zunahme	83,900
Eingelöste und hörnemäßig angekaufte Pfandbriefe	6,693,933</td		

Bekanntmachung.

Die Lieferung von
5,000 Klinkern,
32,000 guten Thonziegeln
1 Klasse,
57,100 Hartbrand-Mauer-
ziegeln,
39,400 Schliffziegeln 1.
Klasse,
21,000 gewöhnlichen Dach-
ziegeln

für die unterzeichnete Festungs-Bau-
Direktion pro 1874, soll im Wege der
öffentlichen Submission vergeben wer-
den, wozu ein Termin auf

Montag,
den 20. April cr.,
Vormittags 10 Uhr,

im Bureau der Festungs-Bau-Direktion
überreicht wird.

Die Lieferungs-Bedingungen liegen in
dem genannten Bureau — Kanonen-
platz Nr. 1 — während der Dienststun-
den zur Einsicht aus.

Posen, den 12. April 1874.

Königliche Festungsbau-
Direktion.

Proclama.

Der Kaufmann Paul Hochmuth
in Pleschen ist durch Blanco-Giro des
Kaufmanns Moritz Lasker hier, In-
haber eines von letzterem Anfangs Ja-
nuar c. ausgestellten, von der Witwe
R. Lasker hier acceptirten, an die
eigene Ordre des Ausstellers zahlbaren
am 12. April 1874 fälligen Wechsels
über 100 Thlr. geworden.

Dieser Wechsel ist dem Hochmuth
angeblich abhanden gekommen und soll
amortisiert werden.

Es werden daher alle unbekannten
Inhaber dieses Wechsels aufgefordert,
inner einer Frist von 6 Monaten vom
Verfallstage des Wechsels an, denselben
dem unterzeichneten Gericht vorzulegen,
wodrigfalls nach Ablauf der Frist der
Wechsel wird für kraftlos erklärt werden.

Pleschen, den 1. April 1874.

Königliches Kreis-Gericht.
I. Abtheilung.

Nothwendiger Verkauf.

Das in der Stadt Schrada be-
legne, im Hypothekenbuche derselben
unter Nr. 427 eingetragene, den
Zimmermeister Kasimir und Ma-
rianna Wesolowski'schen Cha-
menten gehörige Grundstück, dessen Be-
sitz auf den Namen der Genannten
richtigt steht, und welches zur Ge-
bäudesteuer mit einem Nutzungswerte
im 218 Thlr. veranlagt ist, soll im
Wege der nothwendigen Subha-
station

den 10. Juni d. J.

Vormittags 10 Uhr,
im Lokale des unterzeichneten König-
lichen Kreisgerichts versteigert werden.

Schrada, den 25. Februar 1874.

Königliches Kreisgericht.

Der Substations-Richter.

Nothwendiger Verkauf.
Das in dem Dorfe Starczanowo,
Schradaer Kreises belegene, im Hypo-
thekenbuche der gedachten Ortschaft
unter Nr. 5 eingetragene, den Wirth
Johann und Marianna Hernes-
schen Chaleutern gehörige Grundstück,
dessen Besitztitel auf den Namen der
Genannten berichtet steht, und welches
mit einem Flächeninhalt von 26
Hektaren 91 Aren 80 Quadratstad-
der Grundsteuer unterliegt und mit
einem Grundsteuer-Reinertrag von 71,12
Thlr. und zur Gebäudesteuer mit
einem Nutzungswerte von 20 Thlr.
veranlagt ist, soll im Wege der noth-
wendigen Subhaftstation

den 3. Juni d. J.

Vormittags um 10 Uhr,
im Lokale des unterzeichneten Königlichen
Kreisgerichts versteigert werden.

Schrada, den 11. März 1874.

Königliches Kreis-Gericht.

Der Substations-Richter.

Die zweite

Schäfsterstelle

verbunden mit dem Synagogen-Dienst,
und Verwaltung der Renditur der
jüdischen Gemeinde, ist sofort zu be-
legen.

Das Gehalt ist neben freier Woh-
nung, und den üblichen Neben-Einkün-
ften auf 200 Thlr. festgesetzt. Bewerber
sollen sich beim unterzeichneten Vor-
stand unter Einreichung ihrer Qualifi-
kations-Zeugnisse baldigst melden.

Grätz, den 12. April 1874.

Der Corporations-Vorstand.
Carlsbad.

Absolute Sicherheit

in Bezug auf Verloosungen aller Werthpapiere, Aus- und Ein-
zahlungs-Nachrichten, Generalversammlungs-Anzeigen etc. bietet
dem Privatmann allein das Finanz- und Handelsblatt

"Der Kapitalist",

zugleich Allgemeiner Verloosungs-Anzeiger
von dem soeben ein neues Quartal beginnt.

Preis pro Quartal nur 1/2 Thaler.

Man abonne bei der nächsten Buchhandlung oder Post-
anstalt. Probe-Nummern gratis!

Verlag von Eduard Hallberger in Stuttgart.

Bekanntmachung.

Der Zustand der Fonds des Landschaftlichen Credit-Vereins für das Großherzogthum Posen war am 31. Dezember 1873 nachstehender:

Das 3% Pfandbriefs-Darlehn betrug 11,787,260 Thlr. — Sgr. — Pf.

Hiervom sind

1. getilgt 3,316,960 Thlr.

2. gefündigt 7,786,620 — — —

und es verbleiben daher 683,680 Thlr. — Sgr. — Pf.

Zum Salarien- und Kostenfonds sind von Weihnachten 1872 bis Weih-
nachten 1873 eingegangen:

a. die Zinsen von dem eigenthümlichen Fonds 49,803 Thlr. 28 Sgr. 6 Pf.

b. das zu den Verwaltungskosten bezahlte 10,151 . 15 . 9 ² Pf.

c. an außerordentlichen Einnahmen als Ver-
zugszinsen, Depotsalgebühren, Miete
von den im Landschaftshause vermieteten
Lokalen 1,752 . 14 . 6 .

Summa 61,707 . 28 . 9 .

Verausgabt ist dagegen:

Zu den Gehältern, Pensionen und Pen-
sions-Aversionen - Quanta, Gratifikationen,
Ditten und Reisekosten, Verwaltungskosten
des Landschaftshauses, Auslagen für Zahlung
der Pfandbrief-Zinsen in Berlin und Bres-
lau, Posts, Insertionen, Drucksachen, Pfand-
briefs- und Schreibmaterialien, Beheizung und
Beleuchtung, sowie sonstige Bureau-Kosten 20,406 . 25 . 9 .

und es verblieb ein Überschuss von 41,301 Thlr. 3 Sgr. — Pf.

welcher zum eigenthümlichen Fonds genommen worden.

Der Bestand dieses Fonds war am 31. Dezember 1873 mit Einschluß des
von Sr. Majestät dem Könige vorgeschossenen Kapitals von 200,000 Thlr.
und der für die in Betreff der Landschafts-Beamten der 11. Serie auferlegten
Verpflichtungen überwiesenen 100,000 Thlr., wovon 46,263 Thlr. 15 Sgr. zu
Abfindungen der ausgeschiedenen Beamten verausgabt sind:

1. in 3% Pfandbriefen 253,940 Thlr. — Sgr. — Pf.

2. in neuen 4% Pfandbriefen 799,800 — — —

3. in Rentenbriefen 387,900 — — —

4. in baarem Gelde 6,789 . 29 . 2 .

5. an rückständigen Kaufgeldern für das
Landschafts-Gebäude 35,000 — — —

Summa 1,483,429 Thlr. 29 Sgr. 2 Pf.

Das Gebäude ist den Ständen des Großherzogthums Posen für 155,000
Thlr. mit Vorbehalt des Besitzes und des vollständigen Nutzungsrechts bis zu
der mit dem Ende des Credit-Instituts erfolgen sollenden Übergabe, verkauft,
und auf Kaufgeld bereits 120,000 Thlr. gezahlt worden, wovon 4 Prozent
Zinsen an die Stände entrichtet werden.

Posen, den 2. April 1874.

General-Landschafts-Direction.**Bekanntmachung.** | **Das Edchans Wallischeistr.**

Der zur Verloofung der Großherzog-
lich Posenschen 3½ p.c. Pfandbriefe
auf den 21. Mai des laufenden Jahres
anberaumte Termin, wird eingetretener
Mähernes beim Mithilfer daselbst zu
erfahren.

Anzeige.

Am heutigen Tage habe ich die
Lutz'sche Klinik

in Goethen
als alleiniger Besitzer und Inhaber
übernommen.

Der gesammte Auktions-Ges-
chäftsbeiricht, an dessen Spize
ich jetzt trete, wird in der näm-
lichen Weise, wie bei Lebzeiten
meines verstorbenen Vaters,
des Sanitätsraths Dr. Arthur
Lütze, in allen seinen Zweigen
fortgeführt. [H. 5774]
Goethen, den 6. März 1874.

Dr. med. Ernst Arthur
Lütze,
prakt. Arzt, Wundarzt u. Geburtshelfer.

Freiwilligen-Examen.

Neue Curse haben am 8. April
begonnen. Pension.

Posen, St. Martin 66.

Br. Theile.

Drainagen übernimmt noch
bekannt gut aus

F. Schmidt,
Drucktechniker,
Posen, Bäckerstr. Nr. 11.

**Für Sprit-
und Liqueur-Fabriken**
empfehlen unsere chemisch reine
Lindenholz zu soliden Preisen.
Gebrüder Loewy,
Grenzburg O. S.
Breslau, Böttnerstraße 7.

Auf Dom. Golun bei Budewitz
stehen noch sechs Stück Mastvieh
zum Verkauf.

G. Dörre
in Greuzen, Thüringen.

Eduard Hallberger in Stuttgart.

Hagel-Versicherungsbank**für Deutschland von 1867 in Berlin.**

Obige, auf **Gegenseitigkeit** ihrer Mitglieder gegründete Gesellschaft,
welche in ihren Versicherungsbedingungen darauf Bedacht genommen hat, den verschiedensten
landwirtschaftlichen Verhältnissen Rechnung zu tragen und ihren Mitgliedern die mög-
lichst vortheilhaftesten Bedingungen zu gewähren, hält sich dem landwirtschaftlichen
Publikum zur Versicherungsnahme von Bodenerzeugnissen gegen Hagelschlag angelegt-
lichst empfohlen.

Zur Ertheilung spezieller Auskunft und zur Entgegennahme von Anträgen sind
die unterzeichnete General-Agentur, sowie nachbenannte Agenten stets bereit.

Posen, Mitte April 1874.

**Die General-Agentur:
Eugen Kraehahn.**

Laboschin, Herr Louis Marcus.

Margolin, Herr Kaufmann Binder.

Mogilno, Herr J. Madalkiewicz.

Maliszhanow b. Chodziesen, Herr Lehrer Aug.

Minkowo b. Polajewo, Herr Lehrer Birke.

Mittenweida b. Wodzetz, Herr Lehrer Sommerfeld.

Nakel, Herr F. Binalowski.

Neustadt a. W., Herr G. Lubinski.

Polnisch-Crone, Herr G. Wallrath.

Sobotska, Herr Polizeifreiter Henske.

Samter, Herr J. Ciesielski.

Stieglitz, Herr Lehrer Schulz.

Schniegel, Herr Bohlbrück.

Uicz, Herr Moses Poewe.

Wreschen, Herr Herrn. Hirschberg.

P. P.

Hierdurch mache ich Ihnen die ergebene Anzeige, daß ich mit dem heutigen
Tage hierorts eine Niederlage von
Landwirtschaftlichen Maschinen der renommirtesten
Fabriken des In- und Auslandes

errichtet habe und werde bemüht sein, allen Ansforderungen zu genügen.

Indem ich Sie ersuche, hieron Notiz zu nehmen, empfehle mich

Achtungsvoll

v. Huet.

Lagerplatz: vor dem Berliner Thor. Comtoir: Mühlenstraße 22, 1 Treppe.

Ich treffe den 17. im Hotel du Nord in Gnesen
ein, und verweile nur bis zum 19. d. M. s. und vom 20.
bis 22. in Inowraclaw im Hotel Barts.

H. Rossner, Fußarzt.**Dom. Bialokosz**

bei Pinne
hat noch mehrere Tausend
2jährige Rothstannen und
1jährige Kiefern abzugeben.

Frische Rapsfrüchte

find wieder vorrätig bei

S. Galvary.

Obst- und Zierbäume, hochstämmige, Pyramiden, zu Spalieren geeignete u. schöne Auswahl von Pfirsich- und Aprikosenbäumen. Cataloge franco.

Denizot,
Baumschulenbesitzer in Gurezyn
bei Posen.

Dominium Radlin bei
Mieszkow hat 13 Mast-
ochsen u. 3 Mastkühe
zu verkaufen. — Abnahme
Monat Mai c.</

Berlans 1872:
219,758 Stück.

Die Original-Nähmaschinen

über 1.000.000
im Gebrauch.



Singer Manufacturing Company, New-York,

grösste Nähmaschinen-Fabrik der Welt.

übertreffen durch ihre außerordentliche Leistungsfähigkeit und Dauer alle andern Systeme und Nachahmungen.

Auf das Höchste vervollkommen ist besonders

die neue Familien-Nähmaschine zum Fuss- und Handbetrieb

für den Hausgebrauch, Weiznäherei, Damenschneideri, Mützen, Corsetti und Schirmsfabrikation &c.

die neuen Medium- und Manufactur-Nähmaschinen

bilden Spezialitäten für alle gewerblichen Zwecke, als Schneider, Schuhmacher, Segelmacher, Sattler, für Hutfabrikation, Sa-

näherei &c. &c.

Die Nähmaschinen der Singer Manufacturing Co. sind anerkannt von dem vorzüglichsten Material und durch Benutzung der vollkommensten

Arbeitsmaschinen mit unerreichter Accurateit hergestellt, die Construction ist die einfachste aller existirenden Nähmaschinen, daher die Handhabung leichter

zu erlernen wie bei irgend einem andern Fabrikat.

G. Neidlinger, Posen, Wilhelmstr. Nr. 25.

General-Agent der Singer Manufacturing Company.

Alle sonst am hiesigen Platze als "Singer" ausgebetenen Nähmaschinen sind nachgemachte

Um es auch Denjenigen zu ermöglichen sich eine Original Singer Maschine anzuschaffen, welche im Besitz von nachgemachten oder anderen Systemen sind, veranlaßte die Singer Manufacturing Co. solche Maschinen gegen Original Singer Maschinen einzutauschen und in Zahlung zu nehmen.

Beabsichtigend mein Bus- und Modemagazin aufzugeben, empfehle ich alle neuesten pariser Artikel, sowie andere zu meinem Geschäft gehörende Waren, zu den niedrigsten Preisen.

H. Kardoliusa,

Wilhelmspl. 17.

Wiener

Herren-, Damen- und Kinderstiefel in größter Auswahl empfiehlt

A. Apolant, Neue-Straße.

Eine schon seit 25 Jahren bestehende leistungsfähige Tuchfabrik Sachsen's wünscht Vertretung für die Provinz Posen.

Nur Solche, welche mit guten Referenzen versehen, wollen ihre Adresse unter Chiffre H. 31879 b an die Annonen-Expedition von Haasenstein u. Bogler, Chemnitz, einenden.

Die Ostsee-Fisch-Handlung

C. Ahrens in Barth a. d. Ostsee empfiehlt als neueste Delikatesse:

Feinstes marinirte Ostsee-Fettering in Gefäßen von 4 Liter Inhalt à 1 Thlr. 20 Sgr., Feinstes gebratene Heringe in Gefäßen vom Liter à 1 Thlr. 25 Sgr.,

Geräucherte Heringe in Kisten von circa 6 Pf. à 1 Thlr. Der Versand ist gegen Baar oder Nachnahme.

Feinstes amerikanisches Schweineschmalz à Pfund 6 1/2 Sgr. empfiehlt Eduard Neppich, Sapienthal 7 im Laden.

Prima Himbeersaft

(mit Sprit verstet) in schöner klarer und aromatischer Ware ist in grösseren Posten von mindestens 1 Dz. a. 25 Thlr. pro Hektoliter incl. Gebinde franco Dresden abzugeben von Aug. Voigt in Dresden.

(H. 31608 a.) Poststrasse 7.

Apfelsinenchaulen

kaufst in beliebig kleinen Quantitäten

A. Badt, Judenstr. 27

Kaninchen.

Dessen Beschreibung, rationelle Behandlung und Züchtigung von

W. Hochstetter.

4. verbesserte Auflage. Mit vielen Holzschnitten.

Preis 10 Sgr. oder 36 Kreuzer.

Verlag von Schickhardt & Ebner, in Stuttgart.

(6117)

Berlinerstr. 22a und 22b sind zum 1. Juli cr. kleine und Mittel-Wohnungen billig zu vermieten. Näheres bei Gebr. Buttermühle, Wilhelmstr. 8, dieser Zeitung.

Ein tüchtiger der polnischen Sprache mächtiger, gut empfohlener

Hofbeamter,

findet in einer Brennerei-Wirtschaft jogleich oder vom 1. Juli ab Stellung. Anmeldungen unter D. G. Expedition der Posener Zeitung.

Ein junger Mann, welcher hier am Platze und der Provinz bekannt wird für ein Cigaren-Engräf-Geschäft baldigst zu engagiren genehmigt. Oefferten postal restante G. H. Posen.

Ein Laufbursche wird gesucht.

M. Jelenowic, Schleiferstr. 4.

Einen Laufburschen sucht

S. A. Danziger, Markt 47.

Einen Lehrling, mit guter Schulbildung, suchen zum sofortigen Auftritt

S. Witkowski & Co., Destillations-Handlung, Polnisch Lissa.

Für mein Weizwaren- und Confettions-Geschäft suche ich zum baldigen Auftritt einen tüchtigen Verkäufer. Polnisch Sprechende bevorzugt.

Breslau. D. Lewy, vorm. Gräfe u. Co.

Ein Maschinist, welcher mit jeder Dampf- wie auch

Drechsmaschine vertraut ist und jegliche Reparaturen in Holz, Eisen und Metall und sämmtliche Schlosser-Arbeiten ausführen kann, sucht alsbald oder zum 1. Juli c. Stellung. (H. 21104)

Oefferten werden unter Chiffre J. S.

300 postal restante Bojanowo erbeten. Gute Zeugnisse können vorgelegt werden.

Ein pensionirter Beamter sucht Beschäftigung in einem Bureau oder sonstigen Geschäften. Gefällige Oefferten bitte bei der Expedition der Posener Zeitung abzugeben.

Eine Wirthschafterin, jung, sucht vom 1. Juli ab eine Stelle zur Führung der Wirthschaft im Hause oder auf einem Gute, auch bei einzeln stehendem Herrn. Gefällige Oefferten sub A. B. postal restante Schrimm.

Ein Obersekundaner sucht eine Hauslehrstelle. B. S. 111 postal restante Tczemesno.

Ein junger Mann, 16 Jahre alt, wünscht in einem grösseren Material-Delicaten- oder Destillationsgeschäft in Posen oder einer grösseren Provinzstadt als Lebelling einzutreten. Näheres in der Exped. d. 3.

Ein mit den besten Zeugnissen versehener frischer

Wirthschafts-Director, 45 Jahr alt, mit kaufmännischer Buchführung vertraut und zur Stellung einer Caution bis zu 8000 Thlr. im Stande, sucht eine angemessene Stellung in einem industriellen Etablissement oder als Administrator einer grösseren Wirthschaft. Nähtere Auskunft erhält Rechtsanwalt Meißner in Görlitz.

Verh. u. unverh. Wirthschaftsbeamte, die wirklich gut empfohlen sind, weist stets nach C. Stubenborth zu Breslau, Schuhbrücke 31.

Ein praktisch erfahrener Landwirt, mit einem Vermögen, verbrachet und beider Landesprachen mächtig, sucht Stellung als Administrator, oder als selbständiger Inspector. Gef. Oefferten sub D. 95 in der Posener Zeitungs-Expedition abzugeben.

Ein H. brauner Hund mit Halsband und Marke ist abhanden gekommen. Wiederbringer erhält eine Belohnung. Ziegengasse 18.

In der Nacht vom 13. zum 14. April sind auf meinem Vorwerk Straßewo, 1/2 Meile von Wongrowitz zwei Wölfe gefangen worden. Ein Dutzend 10 Jahr alt, ein Helfschus mit Stein sechs Jahr alt. Wer mir den Thäter zur Anzeige bringt, erhält angemessene Belohnung.

Ein tüchtiger Schäfer mit Knecht findet zum 1. Juli Dienst bei Beck-Antonin per Posen.

Auf dem Dominiuum Bähle bei Schönlanke werden auf der Ziegelei Zieglergesellen und Arbeitsleute gegen guten Verdienst verlangt von Friedrich, Zieglermeister.

Ein Gärtner, unverheirathet, wird zum laufenden Antritt der auch in der Wirthschaft beschäftigt werden kann, gesucht. Gehalt 60 bis 70 Thlr. Endomto bei Edmund. Lehmann.

Ein Commiss für ein Weizwaren-Geschäft, fähig politische und deutsche Correspondenz zu führen, mit guten Zeugnissen versehen, wird gesucht. Näheres in der Exped. dieser Zeitung.

Dr. Kratoschin □ z. T. d. P. 19

4. 11. u. 8. n. T. □

Neue Betshule.

Sonnabend den 18. d. Vormittags: Predigt des Herrn Rabbiner Dr. E. Plechner aus Rogasen.

Der Vorstand.

Zamkien-Märkten.

Meine Verlobung mit Fräulein Josephine Krystica jüngsten Tochter des Kaufmann Herrn M. Krystica in Berlin erlaube ich mir ergeben zu anzeigen.

Posen, den 17. April 1874.

Ludwig Regendant.

Gestern früh 2¹, wie hat der Sohn unser innigst geliebtes Söhnchen im Alter von 4 Monaten 21 Tage nach 6 tägiger Krankheit zu sich genommen. Tief betrübt widmet traurige Anzeige allen Freunden Bekannten

Demasier und Frau.

Es hat Gott gefallen

meine geliebte Frau, unsere heure Mutter und Schwiegermutter

Bertha v. Winterfeld geb. v. Scholten

nach längerem Leiden

15. d. Mts. Mittags 1 Uhr durch einen sanften Tod

ich zu nehmen. In Betrübnis zeigt dies

ergebenst an

Hans Carl v. Winterfeld

im Namen der Kinder und

Schwiegerkinder.

Kurow. Goslin,

den 15. April 1874.

Das Begräbnis findet Sonnabend den 18. d. Mts. Nachmittags 4 Uhr statt.

Emilia geb. Berger, nach kaum 24 stündigem Kranken- im 29. Lebensjahr und im 11. De

Ernkau, den 15. April 1874.

Clément, Pastor

Heute Vormittag 9 Uhr verschieden nach schweren Seelen- und Leidern der K. Haupt-Steuern-Amtsstrasse a. D. Herr Karl Matz im Alter von 64 Jahren. Möge Denen, welche durch eigene Schuld Leben verkürzt, dies nicht antreuen.

Poln. Lissa, den 17. April 1874.

Die Hinterbliebenen

Am heutigen Tage verstarb in die Stadt einer ihrer ältesten Bürger, Kaufmann Morris Seiler, der selbe fungirte durch eine lange Reihe von Jahren als Stadtverordneter und gleichzeitig als Vorsteher der jüdischen Repräsentanten-Versammlung und strengte Biederkeit aus, so daß ihm ein treues Andenken gewahrt bleibt.

Schwersen, den 15. April 1874.

Der Magistrat und die Stadtvorordneten-Versammlung.

Emil Tauber's Volksgarten-Theater.

Freitag: Zum zweiten Male:

Die zweite Frau,

Die Direttori

B. Heilbronn Restaurant.

Mr. 3. Dominikaner-Strasse Heute erstes Aufstreten der berühmten Sänger-Gesellschaft Blumenthal aus Breslau.

Posen.

Die Ausstellung von Hans Makart's Abundantia-Bildern

im Original-Gemälde wird in wenigen Tagen eröffnet.

Im Metamorphose-Theater auf dem Spielplatz kommt Freitag und Samstag zur Aufführung Dr. Faust. Sonntag: Die Belagerung von Theben. Um gütigen Begegnung bittet Ad. Petram, Grimm's Mo-

Schützenhaus zu Birnbaum Sonntag, den 19. d. M.

Konzert,

von dem Musik-Chor

J. Paulsen & Ph. Nachtwey.

Aufgang Nachmittags 4 Uhr